Ausg. A. 14. Jahrgang Nr. 28
Mittwoch, 3. Februar 1932

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale

Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Wöchentl. 52 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatl. 2,10 Mk. + 30 Pf. Botenlohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Versammlungsanzeigen 8 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmeschluß in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39. Postscheckkonto: Breslau Nr. 544. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorderhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. Filialexpedition: Görlitz, Lunitz 6. Fernsprecher 2384. Geschäftszeit von 8—19 Uhr. — Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39.

Munitionstransporte nach China

Konferenz revolutionärer Seeleute faßt Kampfbeschlüsse gegen die Verladung von Kriegsmaterial

Hamburg, 2. Februar. (Eig. Drahtber.) Wir haben gestern berichtet, daß im Hamburger Hafen Kriegslieferungen von Pulver und Sprengstoff für den chinesisch-japanischen Krieg auf die Dampfer der Rickmers-Linie verladen werden. Tag und Nacht wird dort gearbeitet. Unser Hamburger Bruderblatt, die „Hamburger Volkszeitung", ruft die Arbeiterschaft von Hamburg zum Kampf gegen die Munitionslieferungen für den imperialistischen Mord und fordert die Hafenarbeiter und Seeleute zum Streik auf.

„Verweigert die Verladung von Munition und Sprengstoff! Kein Schiff mit Kriegsmaterial für den imperialistischen Krieg darf den Hamburger Hafen verlassen. Nehmt überall Stellung in den Belegschaftsversammlungen, organisiert den revolutionären Kampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber! Verschärft den Kampf gegen den Feind im eigenen Land, gegen die Profithyänen, gegen das neue Völkermorden!"

Hamburg, 2. Februar. (Eig. Drahtber.) Am Sonnabend hißten revolutionäre Arbeiter an dem 18 Meter hohen Flaggenmast im Hamburger Stadtpark rote Fahnen mit Hammer und Sichel, als weithin sichtbare Demonstration gegen den räuberischen japanischen Imperialismus, für die Verteidigung der Sowjetunion. Erst am Sonntag konnten die Fahnen nach stundenlangem Bemühen durch Feuerwehr und Polizei heruntergeholt werden.

Hamburg, 3. Februar. (Eig. Drahtber.) Gestern nachmittag nahmen die Hamburger Arbeiter der Vermittlungsstellen Stubbenhuk zu einer einstimmig angenommenen Resolution scharf Stellung gegen die Waffen- und Munitionstransporte aus dem Hamburger Hafen. In der Resolution heißt es: „Die sozialdemokratischen Führer, die vom Frieden reden, ermöglichen die Waffen- und Munitionstransporte. Die Hamburger Arbeiter von Stubbenhuk verpflichten sich, jede Arbeit, die den imperialistischen Krieg ermöglicht, abzulehnen. Am Dienstagabend tritt in Hamburg eine Konferenz revolutionärer Seeleute zusammen, die zum Kampf gegen die Lieferungen von Sprengstoffen und Munition für den imperialistischen Krieg Beschlüsse gefaßt haben.

Schanghai, 2. Februar. (Eig. Drahtber.) **In Kanton und Swatow haben japanische Truppen die Regierungsgebäude und die Hafenviertel besetzt. Japan hat zwei Zerstörer entsandt, um Tschifu (gegenüber Port Artur) zu besetzen. Außerdem haben drei Minenboote den Auftrag, den chinesischen Hafen Amoy (an der Formosa-Straße) zu besetzen. In Schanghai haben japanische Truppen nach heftigem Kampfe den Nordbahnhof den chinesischen Truppen entrissen. Sie gingen mit Feldgeschützen und Maschinengewehren gegen die Chinesen vor. In den primitiv ausgeworfenen Gräben entwickelte sich ein erbitterter Nahkampf. Die Japaner besetzten die Tungtai-Hügel, den wichtigsten strategischen Punkt. Auch an anderen Punkten der Stadt dauern die Kämpfe an. Es ist bereits zu Feuergefechten zwischen japanischen und amerikanischen Soldaten gekommen. Die Japaner beschossen amerikanische Soldaten, die bei der Methodistenkirche Gräben aushoben und holten das Sternenbanner von der Kirche herunter. Japanische Meldungen geben zu, daß 150 verhaftete chinesische Arbeiter erschossen wurden. In Wirklichkeit wurde unter Tausenden ein entsetzliches Blutbad angerichtet.**

Schanghai, 2. Februar. (Eig. Drahtber.) **Die chinesischen Arbeiter, die Partisanentrupps, führen revolutionäre Kämpfe gegen Japan für ein China der Arbeiter und Bauern. Sie befinden sich in einem erbitterten Kampf gegen die chinesischen Behörden. Die knechtselige chinesische Regierung, die den Raubzug des japanischen Imperialismus nicht zu bekämpfen vermag, fürchtet die revolutionäre Tatkraft der chinesischen Massen so sehr, daß sie gegen diese Massen gemeinsame Sache mit den Japanern macht. In verschiedenen Teilen Schanghais fanden revolutionäre Arbeiter- und Studentenkundgebungen statt, wo Arbeiter in den Streik getreten sind, haben die chinesischen Behörden Weißgardisten als Teno eingesetzt. Die Verbreitung der Flugschriften ist unter dem Standrecht verboten; ebenfalls Demonstrationen und das Betreten der Straßen nach 10 Uhr abends. Jeder Demonstrant soll erschossen werden!**

Charbin, 3. Februar. (Eig. Drahtbericht.) **Nach tagelangem Bombardement sind japanische Truppen in Charbin einmarschiert und haben die Vorstädte, Alt-Charbin, besetzt. Die Weißgardisten veranstalten große Jubelfeiern. Der in japanischen Diensten stehende General Sisja hat sich nach dem Eintreffen der regulären japanischen Truppen aus Charbin wieder zurückgezogen.**

Massenaufmarsch in Saarau

Polizeiattacken gegen den Trauerzug

Saarau bei Königszelt, 2. Februar. Schon in den frühen Morgenstunden herrschte in Saarau ein reges Leben. Klassenbewußte Arbeiter aus den verschiedensten Ortschaften kamen nach Saarau, um den beiden von dem faschistischen Hilfsförster Jacob ermordeten Genossen Adler und Plüschke das Geleit zu geben. Eine große Anzahl Kränze wurde im Zuge mitgetragen. „Ein letzter Gruß den Opfern der Faschisten, die letzten Grüße den meuchlings Ermordeten", waren die Inschriften der Kranzschleifen. Die Belegschaft der Dierigwerke-AG. Langenbielau hatte eine Kranzdelegation entsandt.

Die Landjäger des ganzen Kreises waren zusammengezogen worden. Zur Verstärkung der Polizeigewalt kam ein Schutzpolizeikommando, in der Stärke von 60 Mann, aus Waldenburg. In langen Reihen nahmen die Arbeiter von ihren toten Klassenbrüdern, welche in der Leichenhalle des Krankenhauses in Saarau aufgebahrt waren, Abschied. Kurz vor 14 Uhr formierte sich ein Trauerzug in der Stärke von etwa 2500 Personen. An der Spitze die Fahnendelegationen der einzelnen Ortsgruppen der Partei, Roten Hilfe und des Kampfbundes gegen den Faschismus.

Während es bisher zu keinerlei Zusammenstößen gekommen war, wurde die Situation bei Eintreffen der Polizei, welche mit umgehängten Karabinern und Maschinengewehrpistolen ausgerüstet war, anders. Obwohl auf Grund der Notverordnung Leichenbegängnisse in der althergebrachten Form gestattet sind, also auch das Mitführen von Fahnen, erklärte der anwesende Polizeihauptmann, daß sofort die Fahnen aus dem Trauerzuge zu entfernen sind. Währenddem der Reichstagsabgeordnete Genosse Karl Becker den Offizier auf die Unzulässigkeit seiner Anweisung hinwies, gab plötzlich der Polizeihauptmann den Befehl:

„Polizeiknüppel in die Hand!"

Im Nu stürzten sich die Polizeibeamten auf den Trauerzug, und mit Gummiknüppelhieben wurde der Trauerzug auseinandergehauen. Während dieses Vorfalles wurden die beiden Särge herausgebracht. Doch der Offizier verhinderte ein Abmarschieren des Trauerzuges. In der Zwischenzeit ging die Frau eines der Ermordeten auf den Polizeihauptmann zu und bat ihn, den Trauerzug doch endlich abmarschieren zu lassen.

Als Antwort wurde ihr von seiten des Polizeioffiziers Gummiknüppelhiebe zuteil.

Unter dem Druck der die Straßen von Saarau besetzt haltenden Arbeitermassen mußte die Polizei den Abmarsch des Trauerzuges mit den Kränzen und roten Schleifen gestatten. Ehe der Trauerzug jedoch abmarschieren konnte, wurde von seiten des Hauptmanns der Befehl

„Pistolen frei!"

gegeben. Und jetzt setzte ein Kesseltreiben der Schutzpolizei gegen das Trauergefolge ein, wie wir es — die wir allerhand gewöhnt sind — bisher noch nicht erlebt haben.

„Straße frei, Fenster zu!"

Mit diesen Rufen wurden erneut die Straßen um das Krankenhaus herum von dem Trauerzug durch Schutzpolizei geräumt. Infolge des ungeheuren Menschenandranges war es natürlich nicht möglich, sofort die engen Straßen freizugeben. Die Polizei ging in der unmenschlichsten Weise vor.

Inzwischen setzte sich der Trauerzug, in der Stärke von etwa 2500 Personen, unter den Klängen des russischen Trauermarsches in Bewegung. Obwohl von der Polizei auseinandergetrieben, wurden

(Schluß auf der 2. Seite.)

Oppelner Eisenbahner für Ernst Thälmann

Für den Kandidaten der Armen — gegen die Hindenburgfront

Oppeln. Am Sonntag, dem 31. Januar, fand im alten Schützenhaus eine Generalmitgliederversammlung des Verbandes der Eisenbahner (RGO.) statt.

Nach Abgabe eines eingehenden Geschäftsberichtes und der einstimmig vorgenommenen Neuwahl der Ortsverwaltung wurde auch Stellung genommen zur Reichspräsidentenwahl. In der Diskussion sprach man sich einmütig für die Kandidatur des Genossen Thälmann aus und nahm einstimmig nachfolgende Entschließung an:

„Die Generalversammlung des Verbandes der Eisenbahner (RGO.) begrüßt mit großer Begeisterung den roten Präsidentschaftskandidaten Genossen Ernst Thälmann. Die versammelten Eisenbahner geloben, mit allen Kräften mitzuhelfen an dem Siege des Kandidaten der Werktätigen und armen Bauern. In der Versammlung herrscht Klarheit darüber, daß es darüber hinaus gilt, im außerparlamentarischen Massenkampf alles daran zu setzen, um die kommenden Entscheidungen und damit den Sieg der Arbeiterklasse vorwärts zu treiben.

Für die Armen, gegen die Reichen!"

Die SAP.-Spalter am Werk!

Der Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei wendet sich in einem Offenen Brief an alle Arbeiterorganisationen und fordert darin gemeinsame Verhandlungen mit SPD., KPD. und ADGB. über die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten. Die SAP.-Führer begründen ihr Vorgehen mit der Schaffung einer geschlossenen Front des Proletariats gegen die konzentrierten Bemühungen des Bürgertums und der faschistischen Organisationen, das Amt des Reichspräsidenten in die Hand eines Feindes der Arbeiterklasse zu legen.

Auch dieser Offene Brief ist ein Betrugsmanöver. Die Aufstellung des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei als roten Kandidaten der deutschen Arbeiterklasse hat bereits eine breite Massenbewegung für den Kandidaten der Armen gegen den oder die Kandidaten der Reichen entfacht. Die Werktätigen in Stadt und Land, im Betrieb, Kontor und an der Stempelstelle haben bereits in vielen öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen, in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen den Beschluß des Zentralkomitees der KPD. begrüßt.

Die sozialdemokratischen Führer haben sich bereits für den Generalfeldmarschall Hindenburg entschieden. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die noch proletarisches Ehrgefühl besitzen, werden nicht Hindenburg, sondern den roten Arbeiterkandidaten, den Genossen Thälmann, wählen. Auch die Arbeiter der SAP. werden das Gleiche tun. Das wissen die SAP.-Führer, die Agenten von Wels und Co., und deshalb haben sie ein neues Betrugsmanöver zur Verhinderung der roten Arbeiterfront, gegen die Hindenburgfront eingeleitet. Die SAP.-Führer wenden sich in ihrem Offenen Brief an die Wels, Tarnow und Leipart, die sich bereits für Hindenburg, den Kandidaten der Industrie- und Bankkapitalisten und Großagrarier entschieden haben. Sie wollen mit ihrem Manöver nur Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft hineintragen. Das darf diesen professionellen Spaltern der Arbeiterklasse nicht gelingen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands führt den Wahlkampf als außenparlamentarische Massenaktion, gestützt auf alle Klassenorganisations- und Einheitsfrontorgane des Proletariats, unter der Hauptlosung:

Klasse gegen Klasse!

Diese außenparlamentarische Massenaktion richtet sich gegen die Notverordnungspolitik, gegen den Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen den faschistischen Terror, gegen alle Volksfeinde, für ein freies sozialistisches Deutschland.

Wir wenden uns erneut an die sozialdemokratischen und SAP.-Arbeiter, an die Mitglieder der freien Gewerkschaften und reichen ihnen die Bruderhand zum gemeinsamen Kampfe gegen die faschistische Kapitalsdiktatur, für den Sieg des Sozialismus.

Keine Stimme für Hindenburg!

Jede Arbeiterstimme für Ernst Thälmann, den Kandidaten der Armen!

Arbeiterdemonstration gegen Faschismus

Breslau, 3. Februar. Gestern abend zog ein Demonstrationszug revolutionärer Arbeiter durch die Straßen des Stadtteils Zentrum, sang die „Internationale" und brachte Niederrufe gegen Hitler, den Faschismus und die Hungerdiktatur aus.

Schanghai und Genf

Zur „Abrüstungs"-Konferenz

Gestern begann in Genf unter dem Vorsitz des englischen Sozialdemokraten Henderson die von Jahr zu Jahr verschobene, diesmal aber mit großem Geschrei angekündigte Abrüstungskonferenz. Eine weltgeschichtliche Satire. In demselben Augenblick, wo sich die Vertreter von nicht weniger als 60 Staaten versammeln, um (angeblich) den stählernen Mund der Geschütze zum Schweigen zu bringen, verwandeln japanische Bomben und Granaten die Millionenstadt Schanghai, das ökonomische und politische Zentrum Chinas, in Schutt und Asche. Die feurigen Garben, die aus den Trümmern Tschapeis hervorschießen, werfen ihren blutigen Widerschein auf die Wellen des Genfer Sees, an dessen Ufern die Staatsmänner der imperialistischen Mächte darüber beraten, wie sie weiterhin die Volksmassen betrügen wollen.

Der Abrüstungsschwindel ist geplatzt. Der Kanonendonner, der aus dem Fernen Osten herübergrollt, übertönt die salbungsvollen Predigten der Abrüstungsapostel. Nie erlebte eine jahrzehntelang mit allen Kniffen der Demagogie genährte Illusion einen kläglicheren und schmählicheren Zusammenbruch.

Das Märchen von der Abrüstung der Imperialisten gehört heute zu den naiven Legenden vom verwunschenen Schloß und anderen malerischen Phantasieerzeugnissen, die heutzutage nicht einmal mehr die Kinder bezaubern. Abrüstung zu verlangen von einer Gesellschaftsordnung, die mit derselben ehernen Notwendigkeit den Krieg gebiert wie die Krisen, ist eine Utopie. Das ist keine neue Weisheit, ebenso wie die Parole der Abrüstung kein neuartiger Schwindel ist. Schon die berühmte Maitresse Ludwigs XV., die Marquise de Pompadour, wußte darüber Bescheid. Als im Jahre 1750 nach dem vorläufigen Friedensschluß zwischen England und Frankreich der englische Botschafter in Paris sich in einer Denkschrift an den französischen Kabinettsrat über die Wiederherstellung der französischen Kriegsflotte beschwerte, antwortete ihm die Pompadour mit der folgenden treffenden Fabel:

„Nachdem der Friede in der Tierwelt geschlossen worden war, sagte der Wolf zum Igel: ‚Warum entledigst du dich nicht deiner Stacheln?' ‚Das werde ich tun — antwortete jener —, sobald du dir deine Zähne ausreißt.'"

Diese Fabel ist heute so wahr wie damals. Der Krieg gehört zum Kapitalismus wie die Stacheln zum Igel und die Zähne zum Wolf.

Aber die Bedeutung der Abrüstungsparole erschöpft sich nicht in dem illusionären, betrügerischen Charakter ihres Inhalts. Hinter ihr verbergen sich erbitterte Interessengegensätze und machtpolitische Auseinandersetzungen im Lager des Weltimperialismus. Die imperialistischen Großmächte meinen es mit der Abrüstung ehrlich nur soweit sie nicht ihre eigenen Rüstungsprogramme antastet und nur insofern als sie die militärische Schwächung ihrer Rivalen wünschen. Die ganze dreizehnjährige Geschichte der Abrüstungsverhandlungen war eine ununterbrochene Kette von Konflikten und flüchtigen Kompromissen, die bald wieder neuen verschärften Auseinandersetzungen wichen.

Inzwischen wurde fieberhaft weitergerüstet. In allen kapitalistischen Ländern verschlangen die Kriegsbudgets den größten Teil der Staatseinnahmen. Während alle Industriezweige unter den Schlägen der Wirtschaftskrise zusammenbrachen, ging der Kriegsindustrie niemals der Atem aus. Die Aktien der großen Kanonenkonzerne schnellten Stoß um Stoß stiegen unaufhaltsam, während die einst sicheren Börsenwerte von der Kursliste verschwanden.

Gleichzeitig aber wurde das schillernde Lügengewebe der Abrüstungsapostel immer fadenscheiniger und brüchiger. Die offiziellen Deklarationen der beteiligten Hauptmächte über ihren Standpunkt zu der dornigen Abrüstungsfrage trugen nicht wenig dazu bei, der mystischen Nimbus dieser Parole zu zerstören. Mit Ausnahme der Sowjetunion, die gestützt auf ihre konsequente Friedenspolitik zunächst ein radikales Abrüstungsprogramm und später ein weitgehendes Minimalprogramm aufstellte, wollen die Mächte, die seit dreizehn Jahren in der Opera buffa Possenspiel der Abrüstungskonferenzen die Starrollen spielen, keineswegs abrüsten, noch denken sie daran, es zu tun. Sie machen Ernst kein Hehl mehr daraus.

So verlieh z. B. Frankreich in einem Memorandum an die Abrüstungskonferenz rücksichtslos und offen seine alte Theorie: erst kommt die „Sicherheit", dann erst die „Abrüstung". Frankreich hat bereits seine Verfügungen „auf ein Minimum zurückgeschraubt". Die gegenwärtige politische Lage und die Interessen seiner „Sicherheit" gestatten keine weitere Einschränkung des Rüstungsstandes.

Die englische Ehre ist nicht weniger offenherzig: am 14. Januar erklärte der Vorsitzende der englischen Völkerbundsdelegation: „England hat bereits seine Wasser-, Land- und Luftstreitkräfte bis aufs äußerste eingeschränkt. Nur eine weitere Rüstungsbeschränkung kann England nicht eingehen. Vom englischen Standpunkt hängt der Erfolg der Abrüstungskonferenz davon ab, ob die anderen Mächte ihre Rüstungen in demselben Maße einzuschränken bereit sind."

Der Standpunkt der anderen Mächte unterscheidet sich von der Haltung Englands und Frankreichs nur in der Nuance. Japan zeigt verächtlich die Achseln und zeigt mit blutiger Hand auf die mandschurischen Schlachtfelder und die Trümmer von Schanghai. Und Washington erklärt (siehe oben): Für Amerika gibt es keine Abrüstung.

Eine besondere Stellung nimmt in diesem Chor der Mächte, die sich in das Leichentuch der Abrüstung und des Friedens hüllen, der deutsche Imperialismus ein. Vom besiegten Deutschland wurden im Versailler Vertrag die militärischen Flügel empfindlich gestutzt. Jahrelang gebärdeten sich die politischen Lenker des bürgerlichen Deutschland, die Not in eine Tugend verwandelnd, als die Kirchenväter des „Abrüstungsgedankens". Aber immer deutlicher vernahm man aus ihrem Munde die Forderung nach Aufrüstung, wenn sie von „Abrüstung" sprachen. Inzwischen haben die Weltkrise und der aus ihr geborene vernichtende Krieg die Weltlage gründlich umgestaltet. Die deutsche Rüstungsindustrie und die „lebendigen Kräfte" des deutschen Imperialismus wittern wieder Morgenluft. Und schon wird an Stelle der alten Leier eine neue Weise angezogen, die zum erstenmal in der Silvesteransprache des Generalfeldmarschalls erklang — eine Weise, deren Tonart und Rhythmus unverkennbar welchen Einschlag verriet: Abrüstung nach Maßgabe der Sicherheit, d. h. aus dem diplomatischen Jargon in ehrliches Deutsch übersetzt: Wir pfeifen auf die Abrüstung. Wir wollen aufrüsten.

Die Abrüstungskonferenz, die unter den geschilderten objektiven und subjektiven Bedingungen ihre Tagung eröffnet, kann nur mit einem neuen Fiasko des Abrüstungsbetruges enden, falls es die imperialistischen Regisseure in Genf nicht vorziehen, die Vorstellung wieder einmal zu vertagen. Aber sie können nicht verhindern, daß die blutigen Kriegsereignisse im Fernen Osten Millionen werktätigen Menschen die Augen öffnen werden. Millionen Proletarier, die bis heute noch den verführerischen Sirenenklängen der sozialfaschistischen Propaganda für den kapitalistischen Abrüstungsbetrug folgten, wird die Erkenntnis aufdämmern, daß man keinen revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Krieg führen kann, ohne die Nebelschleier der kapitalistischen Abrüstungsheuchelei zu zerreißen.

Proletarierjugend in die rote Arbeiterfront!

Gegen Brüning, Severing, Hitler — Für ein freies sozialistisches Deutschland

Ueberall in Deutschland herrschen Hunger, Elend und Not unter der werktätigen Jugend. Die proletarische Jugend hat unter den Faschisierungsmaßnahmen der Brüning, Groener, Severing schwer zu leiden. Für die Erwerbslosenjugend gibt es keine Unterstützung für das notwendige Leben. Ein Lohnabbau nach dem anderen wird an der Betriebsjugend und an den Lehrlingen vorgenommen. Groener-Klagges-Grimme planen der proletarischen Jugend in den Schulen das Recht der politischen Betätigung und der Organisationszugehörigkeit zu den proletarischen Jugendorganisationen ganz zu rauben. Die nationalsozialistischen Terrorgarden, die Söldner des Kapitals, überfallen und morden revolutionäre Jungarbeiter, die gegen Brüning, Severing, Hitler und damit gegen das kapitalistische System kämpfen.

Die Sozialdemokratie ruft zur Bildung der „Eisernen Front" auf. Zur Durchführung der faschistischen Politik, wie sie Brüning gemeinsam mit Braun und Severing betreibt, sollen SAJler, Freie Gewerkschaftsjugend, Arbeitersportlerjugend, Jungbanner in „Eiserner Front" zusammengeschlossen werden.

Zur „Eisernen Front" rufen diejenigen, die seit 13 Jahren in Deutschland Schritt für Schritt den Faschismus fördern, die den Lohnraub an der Betriebsjugend, den Abbau der Erwerbslosenunterstützung für die arbeitende Jugend, das Verbot der Roten Jungfront, der antifaschistischen Wehrorganisationen der proletarischen Jugend durchführen. Die „Eiserne Front" soll die kampfwillen zur roten Einheitsfront drängenden Jungarbeiter der Sozialdemokratie für die Erhaltung dieses kapitalistischen Brüning-[illegible] mobilisieren.

Die „Eiserne Front" soll den Zusammenschluß der Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen zum Kampf für ihre eigenen Klassenforderungen verhindern. Die „Eiserne Front" ist eine Hilfstruppe zur Durchführung faschistischer Maßnahmen in Deutschland, sie will die Massen der arbeitenden Jugend für die Wahl eines Reichspräsidentschaftskandidaten der Bourgeoisie einfangen.

Die „Hammerschaften" der „Eisernen Front" haben keinen anderen Zweck, als den Lohnabbau und alle Maßnahmen der Brüning-, Severing-, Klagges-Regierung in den Betrieben zu stützen und durchzuführen.

Die Rote Einheitsfront gegen die bürgerliche Notverordnungsdiktatur, gegen Lohnabbau, Faschismus und die SPD.-Führer als Hauptstützen der Bourgeoisie, kann im Betrieb nur durch den gemeinsamen revolutionären Kampf aller Jungarbeiter unter Führung des KJVD. hergestellt werden. In den Betrieben bilden die Jungarbeiter den roten Massenselbstschutz, um den faschistischen Terror zu brechen.

Wir rufen die proletarische Jugend im Betrieb und auf den Stempelstellen, in der Stadt und auf dem Lande, in der SAJ., dem Jungbanner, der FGJ. und den Sportlergruppen zu: Die dringendste Aufgabe in dieser Situation ist die Bildung der roten Arbeiterfront gegen bürgerliche Notverordnungsdiktatur, gegen Lohnabbau und Faschismus. Der Platz der Arbeiterjugend der werktätigen Jugend in Stadt und Land ist in der roten Arbeiterfront.

Die Arbeiterjugend kämpft für ihre Forderungen:

Gegen jeden Pfennig Lohn- und Gehaltsabbau an den jungen Betriebsarbeitern und Jungangestellten! Gegen den Unterstützungsraub an den Jungerwerbslosen! Gegen Arbeitsdienstpflicht, Militarisierung und Faschisierung der Jugend! Gegen Demonstrations-, Versammlungs-, Uniform- und Presseverbot!

Für uneingeschränkte proletarische Demonstrations-, Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit! Für eine uneingeschränkte politische Betätigung der Jugendlichen in den Berufs- und Volksschulen! Für die sofortige Aufhebung des Verbots der Roten Jungfront und der antifaschistischen jungen Garden.

Für die Verwirklichung der revolutionären Einheitsfront der proletarischen Jugend schließen sich der KJV., die Kampfbundjugend, die proletarischen Selbstschutzformationen und die Jugendlichen aller revolutionären Jugendorganisationen zu einer gemeinsamen Front zusammen.

Jungkommunisten, Kameraden des Kampfbundes, Jungarbeiter der Selbstschutzstaffeln, rote Jungsportler, führt eine mächtige Versammlungswelle zur

Einbeziehung der Arbeiterjugend in die Rote Arbeiterfront

durch. Kein Betrieb ohne rote Jugendversammlung. Bildet in allen Betrieben mit Einheitsausschüssen Jugendkommissionen zur Mobilisierung der Betriebsjugend für ihre eigenen Forderungen.

Veranstaltet Versammlungen auf den Stempelstellen in den Städten und Dörfern, erhebt die Stimme der proletarischen Einheitsfront gegen die „Eiserne Front" in der SAJ., im Jungbanner, in den Gewerkschaftsjugendgruppen und Sportvereinen.

Sozialdemokratische Jungarbeiter! Wir reichen euch die Bruderhand zum gemeinsamen Kampfe.

Schafft die rote Arbeiterfront gegen die kapitalistische Hindenburgfront. Kämpft für den Kandidaten der Roten Arbeiterfront, den Arbeiter Ernst Thälmann — gegen Hindenburg, Severing und Hitler.

Bildet in allen Orten rote Jungwahlhelfergruppen. Es lebe die rote Einheitsfront der proletarischen Jugend gegen bürgerliche Notverordnungsdiktatur, Lohnabbau und Faschismus. Es lebe der revolutionäre Klassenkampf der proletarischen Jugend gegen die Brüning-, Severing-Diktatur und gegen den Hitlerfaschismus, gegen alle Feinde und Verräter der proletarischen Jugend.

ZK. des KJVD.
Reichsjugendausschuß der RGO
Reichsjugendleitung des Kampfbundes gegen den Faschismus
Reichsjugendleitung der KG. für rote Sporteinheit.

Arbeiter und Bauern protestieren gegen die Kriegsräuber!

Oppeln. Am 1. Februar fand in Kondrachtschütz eine öffentliche Bauern- und Arbeiterversammlung der KPD. statt. Der außerordentliche Besuch zeigte, daß die werktätigen Bauern und Arbeiter auf dem flachen Lande immer mehr erkennen, daß ihr Weg zur Befreiung nur im Kampfe unter der Führung der KPD. möglich ist. Auf der Tagesordnung stand der Bericht des Kleinbauern Jurek, der zum 1. Reichsbauernkongreß in Berlin war. Weiter wurde zur politischen Lage und der drohenden Kriegsgefahr Stellung genommen. Ebenso wurde die Kandidatur des roten Arbeiterkandidaten Thälmann begeistert begrüßt.

Die Ausführungen des Kleinbauern vom Kongreß wurden durch lebhafte Beifallskundgebungen unterbrochen. Der Referent verstand es besonders gut, den Anwesenden die Notwendigkeit des Kampfbündnisses der Arbeiter und Bauern für ein freies sozialistisches Deutschland aufzuzeigen.

In dieser Versammlung erklärte der Arbeiter Koschik, der seit Jahren in der SPD. und zehn Jahre im ADGB organisiert war, seinen Eintritt in die KPD.

Zur Frage des drohenden Krieges gegen die Sowjetunion wurde folgende Resolution angenommen:

„Die für Montag, den 1. Februar, einberufene öffentliche Arbeiter- und Bauernversammlung protestiert aufs schärfste gegen die imperialistischen Ueberfälle auf Schanghai, die ostchinesische Eisenbahn und die Sowjetgebiete Chinas. Wir appellieren an die proletarische Solidarität der internationalen Arbeiterklasse zum Schutze der chinesischen Arbeiter und Bauern. Wer Sowjetchina angreift, greift die Sowjetunion und damit die internationale Arbeiterklasse an.

Nieder mit den imperialistischen Kriegsräubern! Es lebe der Kampf um Sowjetchina! Es lebe die Kommunistische Internationale im Kampf gegen alle Kriegshetzer!"

Um die Einheitsfront zwischen Stadt und Land, Arbeiter und Bauer, herzustellen, wurde ein Kampfkomitee der werktätigen Bauern gewählt!

Massenaufmarsch in Saarau

(Schluß.)

wieder vor dem Sarge Fahnendelegationen sichtbar. Da plötzlich sauste ein Flitzer heran, und selbst bei dem Anblick der beiden Särge scheute man sich nicht, mit Gummiknüppeln hineinzuhauen und zwei Fahnen in „Schutzhaft" zu nehmen. Auf dem Wege zum Friedhof wurde in der Nähe des Trauerhauses halt gemacht. Hier sprach ein Genosse kurz über die Bluttat des faschistischen Hilfsförsters und wies ferner darauf hin, daß es nur dank der Besonnenheit der anwesenden Arbeiter nicht erneut zu einem Blutbad gekommen ist. Die Chaussee von Saarau nach dem Dorf Konradswaldau, wo sich der Friedhof befindet, war dicht umsäumt von weiteren Hunderten von Arbeitern und Frauen, welche Spalier bildeten. Während sich der Trauerzug auf dem Wege zum Friedhof befand, wurde derselbe mehrmals von der Polizei abgeriegelt. Doch auf Nebenwegen und quer über die Felder eilte die Arbeiterschaft nach dem in Konradswaldau gelegenen Friedhof. Kurz vor dem Friedhof wurde der Trauerzug gleich hinter dem Sarg erneut abgeschnitten. Mit den Karabinern in der Hand war kurz vor dem Eingang zum Friedhof die Schutzpolizei postiert.

Die Trauerfeierlichkeit begann mit dem Lied des Arbeitergesangvereins Saarau. Anschließend sprach im Auftrage der Bezirksleitung Schlesien der Kommunistischen Partei Deutschlands der Reichstagsabgeordnete Genosse Karl Becker. Mit dem abermaligen Singen eines Liedes vom Arbeitergesangverein war die imposante Kundgebung auf dem Friedhof beendet.

Eine ungeheure Erregung innerhalb der Bevölkerung von Saarau und Konradswaldau löste das Vorgehen der Polizei aus. Selbst in den späten Abendstunden stehen die Bewohner der beiden Dörfer zusammen und diskutieren über das brutale Vorgehen der Polizei. In dem Trauergefolge sah man neben den kommunistischen Arbeitern viele Reichsbannerkameraden und sozialdemokratische Arbeiter mit ihren Parteiabzeichen. Selbst die Arbeitersamariter, die den verletzten Arbeitern Hilfe bringen wollten, wurden teilweise daran gehindert.

Der stellvertretende Amtsvorsteher August Migdorf ist in erster Linie für diese Polizeiattacken auf den Trauerzug verantwortlich. Während den Verhandlungen, den Trauerzug in althergebrachter Weise vonstatten gehen zu lassen, erklärte dieser sozialdemokratische Amtsvorsteher, daß diese Anweisung — Fahnen im Trauerzuge nicht mitführen zu dürfen — von dem Landrat des Kreises Schweidnitz erlassen worden sei. Dieser stellvertretende sozialdemokratische Amtsvorsteher mußte jedoch selbst zugeben, daß erst auf sein Betreiben hin der Landrat die Mitnahme von Fahnen und Kränzen mit roten Schleifen verboten hatte.

*

Wie uns die Vertriebsstelle der „AJZ." mitteilt, wird in einer der nächsten Nummern der „AJZ." eine ausführliche Bildreportage über die gestörte Beerdigung von zwei faschistischen Opfern in Saarau erscheinen.

Breslau

Breslau, 3. Februar.

Riesiger „Preissturz" in Breslau

Ab morgen treten die „ermäßigten" Straßenbahn- und Omnibustarife in Kraft. Die Einzelfahrscheine, die bisher 20 Pfennig gekostet haben, kosten in Zukunft nur noch 20 Pfennig. Diejenigen, die ein ganz klein wenig mehr Geld haben, welche sich die Dreifahrtenkarte mit Umsteigeberechtigung kaufen können, zahlen dafür 50 Pfg. Und jene die 80 Pfennig auf einmal für die Straßenbahn anlegen dürfen, die erhalten dafür eine Fünffahrtenkarte, welche auch übertragbar und an Sonn- und Feiertagen gültig ist. Unter dieser Kategorie befinden sich allerdings die tausende von Erwerbslosen schon nicht mehr, **sodaß also für sie praktisch keine Ermäßigung der Preise eintritt.** Umso größer werden aber die „Ersparnisse" bei jenen, die sich eine einfache Streckenkarte kaufen können, welche anstatt bisher 15 Mark nur noch 12 Mark kostet, oder eine Doppelstreckenkarte bisher für 20 Mark, jetzt schon für 17 Mark haben können. Auch die Netzkarteninhaber zahlen nicht mehr wie bisher 30 Mark, sondern 27 Mark.

Außerdem sind noch einige kleine Aenderungen bei den Fahrscheinen mit Umsteigeberechtigung von der Straßenbahn auf den Omnibus und desgleichen im Vorortsverkehr eingetreten, welche jedoch nicht allzu beachtlich erscheinen. In der amtlichen Meldung des Magistrats heißt es: **„Alle sonstigen Tarife bleiben unverändert."** So sieht die große Preissenkung bei der Breslauer Straßenbahn aus. **Nach dem Motto: Je mehr Geld, um so mehr Ermäßigung.**

Oeffentliche Diskussionsversammlung des KJVD.

Es spricht: Albert Hempfling, ehem. SJV.-Hamburg, Distriktsleiter, Stadtpark, Rußlanddelegierter, am Freitag, dem 5. Februar, 20 Uhr, im Bergkeller. Thema: Warum fordert der Hamburger SJV. Auflösung des SJV.? Für rote Einheitsfront? Für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann! Freie Aussprache! Eintritt 15 Pfg.

Für den roten Arbeiterkandidaten Gen. Thälmann

LLL.-Feier der IAH.

Die am vergangenen Freitag in Hoffmanns Festsälen stattgefundene Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Gedächtnisfeier der Internationalen Arbeiterhilfe, gestaltete sich zu einer Kundgebung für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann. Ein sehr gutes Programm wurde vorgeführt. Jedoch der Besuch war nicht zufriedenstellend.

Die Feier wurde eingeleitet durch den von der Musikkapelle West vorgetragenen russischen Trauermarsch. Nach einigen gutgelungenen Darbietungen des Jugendaktivs und der Pioniere der IAH., ergriff Genosse Fendius das Wort zu einem kurzen Referat. Er gedachte in seinen Ausführungen der unsterblichen Werke der drei großen Führer des Proletariats. Ferner wies er auf die Lage im fernen Osten hin, wo die Imperialisten zum Kriege gegen die Sowjet-Union ausholen. Am Schluß seiner Rede forderte er auf, Wahlhilfsausschüsse für den Kandidaten der Arbeiterklasse, Ernst Thälmann, zu bilden.

Daraufhin folgten einige gutgelungene Vorführungen der „Roten Ruderer", sowie ein Sprechchor der Frauenabteilung der IAH., des Mundharmonikavereins West, und einige Rezitationen. Eine große Anzahl Aufnahmen für die IAH. und ein aus der Versammlung herausgebildeter Wahlhelferausschuß war der organisatorische Erfolg der Veranstaltung. Desgleichen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die die Kandidatur des Genossen Ernst Thälmann zur Reichspräsidentenwahl begrüßte.

Vormerken: 14. Februar!

Der Verband proletarischer Freidenker Deutschlands, Bezirksleitung Schlesien, veranstaltet am Sonntag, 14. Februar, 11 Uhr, im **Zentral-Theater**, Westendstraße 50/52, ein großes **Morgenmeeting.** Sebastian Hohenadl, München, der Vorsitzende des Verbandes proletarischer Freidenker Deutschlands, spricht über: **Mittelalter anno Domini 1932.** Außerdem gelangt der gerade heute besonders aktuelle Film: **„Das Dokument von Schanghai"**, ein erschütterndes Bild aus dem Befreiungskampf des chinesischen Volkes, zur Vorführung. **Sprechchor und Rezitationen** werden das Programm dieser großen Veranstaltung vervollkommnen. Der Eintrittspreis beträgt nur 50 Pfennig, für Erwerbslose (nur gegen Ausweis) 30 Pfg. Die Karten sind bereits herausgekommen und u. a. auch bei unseren Kolporteuren zu haben.

Arbeitereltern, heraus!

Alle oppositionellen Arbeitereltern gehen heute abend in die Elternversammlung Ofener Straße (Sammelschule III).

Immer dreckiger

geht es bei der Breslauer Straßenbahn

Breslau. Bisher war es bei der Straßenbahn so üblich, daß das Werkstatt- und Fahrpersonal alle vierzehn Tage während der Arbeitszeit einmal baden gehen konnte., was bestimmt nicht zuviel war. Der Magistrat und die Verwaltung denken jedoch anders, und sind der Meinung, es genügt schon, wenn nur die Badeeinrichtung vorhanden ist. Wenn irgendeine Betriebsbesichtigung stattfindet, dann kann doch wenigstens die Verwaltung mit ihren sozialen Einrichtungen prahlen, obgleich die Arbeiter sehr wenig davon merken. Nun hat der Zentrumsstadtrat Przybilla verfügt, daß in Zukunft das Baden wohl alle vierzehn Tage stattfinden darf, **aber nur noch außerhalb der Arbeitszeit und alle an einem Tage.**

Drei Mann in einer Badezelle.

Es soll jetzt also nur noch Sonnabends in der Zeit von 12,15 bis 18 Uhr gebadet werden. Das bedeutet, daß in jeder der kleinen wenig vorhandenen Badezellen zwei bis drei Mann zu gleicher Zeit baden sollen, das heißt, wenn alle zu ihrem „Recht" kommen wollen. Die Bademeister werden aber von dem katholischen Przybilla wohl noch als Sittlichkeitsapostel ausgebildet werden müssen, denn diese Art zu baden, bedeutet doch für manchen Menschen eine Gefahr in sexueller Hinsicht. Darüber hinaus ergibt sich noch, daß bei solch aneinandergepreßten Menschen faktisch niemand baden kann, oder womöglich die schönste Keilerei in den Zellen einsetzt. Wahrscheinlich glaubt die Verwaltung, die Arbeiter auch mit diesem Mittel gegen einander ausspielen zu können. Doch die Herren des Magistrats und der Verwaltung, werden sich aber täuschen, denn die Arbeiter sehen in dem Raub der Badezeit einen indirekten Lohnraub und werden ihre Reihen fester schließen, und unter Führung der RGO. den Kampf in Verbindung mit dem Kampf gegen die Notverordnungen aufnehmen.

Die roten Betriebsräte haben zu dieser Sparmaßnahme des Magistrats den Vorschlag gemacht, allen denjenigen, die die Maßnahme vertreten, soviel von ihren hohen Gehältern abzuziehen, daß den Arbeitern das Baden ermöglicht wird. Mit dieser Maßnahme würde der Magistrat auch an der richtigen Stelle zu sparen anfangen.

Eine andere Sache, die jetzt augenblicklich eine große Rolle spielt, ist

der verlegte Arbeitsanfang von 6 auf 6½ Uhr.

Als die Arbeiterschaft davon Kenntnis erhielt, stimmte sie fast hundertprozentig für weiteren sechs Uhr Arbeitsanfang. Doch der reformistische Betriebsrat, unter Führung von Strachorta, dachte anders darüber. Das Ansinnen der Verwaltung, den Arbeitsanfang auf 7 Uhr zu verlegen, löste den Kompromiß auf 6½ Uhr aus, und die Reformisten haben diese Dinge geschoben ohne Rücksicht auf die Meinung der Kollegenschaft. Die roten Betriebsräte lehnten das Ansinnen der Verwaltung und des reformistischen Betriebsrates ab und stellten sich auf den Standpunkt der Belegschaft, da der Arbeiterschaft dadurch nur wirtschaftlicher Schaden entsteht, und sie außerdem noch kulturell mehr als bisher gehemmt wird. Der Nutzen dieser Maßnahme liegt nur auf seiten der Verwaltung.

Jetzt setzt der reformistische Betriebsrat allem die Krone auf. Er will seinen Kompromiß, auf den er nebenbei noch stolz ist, in einer Betriebsversammlung verankern. Selbstverständlich lehnten die Kollegen solch ein Ansinnen ab, das hat die Abstimmung deutlich erwiesen. Die roten Betriebsräte bleiben nach wie vor auf ihrem alten Standpunkt der Ablehnung bestehen. Sie haben das dem Betriebsratvorsitzenden schriftlich mitgeteilt und ihm zugleich auf seine falsche Handlung hingewiesen, daß er es nicht mal für notwendig hielt, den gesamten Betriebsrat zur Besprechung dieser Angelegenheit zusammenzurufen, und daß er nur mit dem Ausschuß bei der Verwaltung die Verhandlungen führte, ohne die Belegschaft über ihre Meinung befragt zu haben.

Wir sind der Meinung, daß die Abstimmung der Kollegen klar und deutlich gezeigt, was die Aufgabe des Betriebsrates wäre. Durch diese Betriebsvereinbarung soll nur schriftlich festgelegt werden, daß die Belegschaft in Zukunft alle Verschlechterungen der Verwaltung schlucken soll. Wenn die Verwaltung im nächsten Winterhalbjahr es für notwendig erachtete, um 7 Uhr oder um 7½ Uhr anzufangen, oder die Frühstückspause zu verlängern, wird sie sich einen Dreck um diese Betriebsvereinbarungen kümmern.

Magistrats-Notverordnungen.

So wie Brüning durch Notverordnungen die Tarifverträge beseitigte, so beseitigt der Magistrat durch seine juristischen Maßnahmen alles, was noch im Interesse der Arbeitnehmerschaft war.

Kollegen, denkt an den „juristischen" Fehler der Blank und konsorten, bei dem 6prozentigen Lohnabbau. Diese „Führer" und ihre Lakaien, die reformistischen Betriebsräte, führen euch durch ihre Kompromisse von einer Verschlechterung zur andern, von Niederlage zu Niederlage und begründen das alles mit dem „kleineren Uebel".

Kollegen, es kann für euch nur eins geben. Schärfsten Kampf gegen solche Kompromisse, durch welche nur eure Kraft geschwächt wird und der Frechheit des Magistrats und der Verwaltung guter Nährboden gegeben wird.

Formiert die rote Einheitsfront zum Kampf gegen Betriebsfaschismus und Notverordnungen. Kämpft gegen jene, die der Reaktion, durch ihre Kompromisse, den Weg ebnen. Macht die arbeiterfeindliche Tätigkeit der Bonzen und reformistischen Betriebsräte unmöglich, indem ihr unter Führung der RGO. für betriebliche Forderungen kämpft.

SJV.-Führung verhindert die Durchführung einer Diskussionsversammlung

Vor einigen Tagen gaben wir in unserer Zeitung eine öffentliche Diskussionsversammlung zwischen dem KJV. Stadtteil Süd und dem **SJV. Heim 7 bekannt.** Diese Versammlung war festgelegt worden zwischen den Funktionären des SJV. und des KJV., die Vereinbarungen waren in der Linie getroffen worden, daß jede Organisation einen Redner stellt, sowie mehrere Diskussionsredner, dazu eine paritätische Versammlungsleitung. Alle Vorbereitungen zu dieser Versammlung waren bereits getroffen. Der Beschluß über die Durchführung dieser Versammlung waren in einer Mitglieder- sowie Funktionärversammlung des Heim 7 des SJV. gefaßt worden.

Am Dienstag voriger Woche kam an die Leitung des KJV. Süd ein Schreiben des SJV., unterzeichnet von Becker, worin mitgeteilt wurde, daß die Funktionäre des Heim 7 (Strehlener Tor) nicht zuständig sind für solche Versammlungen und das deswegen die festgemachte Versammlung für den SJV. nicht bindend ist, und infolgedessen nicht durchgeführt werden kann.

Angesichts dieses Bescheides, richten wir an alle Mitglieder des SJV. die Frage, ist das Selbstbestimmung der Mitglieder, wenn diese eine Versammlung beschließen, und die Bezirksleitung des SJV. verbietet die Durchführung dieses Beschlusses. Haben die Mitglieder und Funktionäre, so wenig Recht, daß sie nicht einmal selbständig eine öffentliche Versammlung durchführen können?

Wir glauben, daß Dazwischentreten der Bezirksleitung des SJV. hat eine andere Ursache. Die Diskussion mit Mitgliedern des KJV. soll vermieden werden. Und wenn diese schon stattfindet, dann nur unter stärkster Kontrolle der Bezirksleitung. Es soll verhindert werden, das die Erkenntnis der Notwendigkeit der Schaffung der Einheitsfront von unten, in den Betrieben und an den Stätten der Zwangsfürsorge bei den Mitgliedern des SJV., weiter um sich greift. Gerade im Heim 7. des SJV. zeigt sich eine sehr starke Diskussion über die Bedeutung von Lehrlingsstreik und Streik gegen Arbeitsdienstpflicht, Zwangsfürsorge usw.

Wir fordern deshalb alle Mitglieder des SJV auf, jetzt erst recht die Diskussionsabende mit den Mitgliedern des KJV. durchzuführen und die Einheitsfront des Kampfes in den Betrieben und Stempelstellen herzustellen.

Am 5. Februar führt der KJV. Breslau eine öffentliche Diskussionsversammlung im Bergkeller durch. In dieser Versammlung spricht das ehemalige Mitglied des SJV. Hamburg, Albert Hempfling 2, Distriktleiter Stadtpark und Rußlanddelegierter über das Thema:

„Warum fordern Hamburger SJVler Auflösung des SJV. Für rote Einheitsfront gegen die gesamte Reaktion von Severing bis Hitler. Für den roten Arbeiter-Kandidaten Ernst Thälmann."

Wir fordern alle Mitglieder, sowie die Führung des SJV. auf, in dieser Versammlung zu erscheinen und in der Diskussion das Wort zu ergreifen.

Der Kampf gegen das Lockspitzeltum

V.

Die Methoden des Eindringens von Lockspitzeln in revolutionäre Organisationen sind so mannigfaltig, daß dieses Thema im Rahmen eines kurzen Artikels nicht erschöpft werden kann.

Für die Werbung von Lockspitzeln unter den Parteimitgliedern werden von der herrschenden Klasse die verschiedensten Mittel angewandt: sowohl rohe Gewalt als auch der Hunger des Erwerbslosen, die nationalen oder religiösen Vorurteile des rückständigen Arbeiters, die Unerfahrenheit des jungen Revolutionärs, der sich von den „treuherzigen" Worten der Agenten verleiten läßt. Jeder, der sich in Diskussionen mit Agenten jeder Art über „Prinzipien", über „Weltanschauung" usw. einläßt, muß wissen, daß er dadurch bereits auf Abwege gerät, einen Schritt zum Verrat macht. Die Parteileitungen müssen auch mit aller Sorgfalt Richtlinien für das Verhalten der Revolutionäre bei Verhören, im Gefängnis und vor Gericht ausarbeiten.

Besonders vermerkt sei die außerordentliche Gefahr der Werkspitzelei, die die Entwicklung der kommunistischen Betriebszellen erschweren soll. Auch hier sind die Formen äußerst mannigfaltig: von verschiedenen „Detektiv"- und Spitzelorganisationen der Unternehmer zur Ueberwachung der Arbeiter (in den Vereinigten Staaten besonders zahlreich) bis zu „kommunistischen" Zellen, die von Werkspitzeln gegründet werden. In dieser Beziehung ist die japanische Geheimpolizei besonders raffiniert: sie organisiert für ihre Agenten „marxistische Kurse", damit sie später als „Kommunisten" auftreten können.

Zahlreiche Provokateure kommen aus den Reihen der faschistischen und sozialfaschistischen Parteien, die sich verhältnismäßig leicht Zutritt in die kommunistischen Parteien verschaffen können. Es ist klar, daß die sozialdemokratischen Parteien in diesem Falle sogar ihre eigenen Niederlagen auszunützen versuchen. Jeder, sich von ihnen abspaltenden und zur KP. übertretenden Arbeitergruppe kann die sozialfaschistische Partei einen „zuverlässigen" Mann beigeben, der dann innerhalb der KP. provokatorische Arbeit leistet. Sorgfältigste Kontrolle einerseits, intensive Arbeit zur Assimilierung der zur Partei kommenden Arbeiter andererseits gibt der Partei die Möglichkeit, klassenfremde und direkt feindliche Elemente festzustellen.

(Schluß folgt.)

Wo ruft die Pflicht?

Quartiere werden benötigt

Zum Einheitskongreß aller werktätigen Sportler am 6. und 7. Februar benötigen wir dringend noch einige Quartiere. Wir bitten Meldungen an Fritz Winkler, Leuthenstraße 66, Hinterhaus II., bis Sonnabend zu geben. Landesleitung der roten Sportler.

ASV. Rot-Weiß tagt jeden Donnerstag bei Kraus, Mariannenstraße.

IAH. Stadtteil Zentrum. Donnerstag, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Bower, Heilige Geiststraße 14.

Monistische Gemeinde. Mittwoch, den 3. Februar 1932. Punkt 20 Uhr, Beginn des Kursus Emil Machek: „Das Physikalische Weltbild von heute". Der Kursus erstreckt sich über die vier Mittwoch-Abende im Februar. Der erste Abend befaßt sich mit dem Thema: „Exakte Logik". Der Eintritt beträgt für Mitglieder für den Einzel-Abend 0,10 Mark. Für Gäste 0,20 Mark.

Wer macht's nach?

31 Ausgabe *B*, zwei Ausgaben *A* Zeitungsleser und acht Parteigenossen hat der Genosse Graß vom Stadtteil West innerhalb vier Tagen in den Baracken der Langen Gasse geworben. Das ist die beste Antwort der Barackenbewohner auf den nationalsozialistischen Mordterror am Weihnachtsabend 1931. Dieses Beispiel muß verhundertfacht werden.

Kompol-Fraktion

Heute 17 Uhr Sitzung in der Redaktion.

Verantwortlich für die erste und zweite Hauptseite, Provinz und Lokales: Rudolf Ortner, Breslau. — Für die übrigen Seiten: A. Fendrich Berlin — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag und Druck Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 60.

Rund um den Erdball

in den Urwäldern Neu-Guineas:

Von Kannibalen aufgefressen

Grauenhaftes Schicksal politisch Verbannter in Indonesien

Das neue Heft der Roten Hilfe, das „Tribunal", veröffentlicht folgende Schreckensmeldung: Die indonesische Presse veröffentlicht einen Bericht über die Lage der indonesischen politischen Verbannten im Internierungslager „Digul-Kamp", in der Wildnis Neu-Guineas, aus dem sich ergibt, daß einer der Verbannten namens Suwarto, früher wohnhaft in Tegal (an der Nordküste Mittel-Javas), während des Aufenthaltes im Urwald, unweit der Baracken, in denen die Verbannten untergebracht sind, von drei mit Pfeilbogen bewaffneten Papuas beschossen wurde.

Er wurde schwer verletzt gefunden von Soldaten des Bewachungsdetachements und ins Krankenhaus gebracht, wo er nach einigen Stunden gestorben ist. Die drei Papuas wurden festgenommen und in der Kaserne eingesperrt. Es gelang ihnen aber, zu entfliehen, worauf Jagd auf sie gemacht wurde, und zwar mit dem Erfolg, daß einer wieder festgenommen und ein zweiter erschossen wurde. Der dritte war spurlos verschwunden.

Die Papuas sind Kannibalen. Vor einigen Monaten hat die Untersuchung einer Militärpatrouille in der Nähe des Kawarga-Flusses auf Neu-Guinea ans Licht gebracht, daß eine Gruppe im Jahre 1927 entflohener und seitdem verschwundener Verbannter (unter ihnen der bekannte Führer Dachlan) von Kannibalen aufgefressen worden ist.

*

Die wahren Schuldigen an dem grausigen Schicksal der Freiheitskämpfer in den Urwäldern Neu-Guineas sind die internationalen kapitalistischen Ausbeuter Indonesiens. Denn um ihre Profite ruhig einheimsen zu können, verschicken diese Räuber Jahr um Jahr alle diejenigen, die sich der schrankenlosen Ausbeutung widersetzen, in die unwirtschaftlichsten Gegenden des Landes. Hier gehen die verbannten Freiheitskämpfer entweder am Fieber zugrunde oder sie enden auf der Flucht auf diese oder jene Weise.

Und das ganze nennt sich kapitalistische Kolonialpolitik!

Der japanische Etappenhengst

Nach dem unvergeßlichen Vorbild des deutschen Etappenhengstes von Lionville, also des Kronprinzen a. D., betätigt sich jetzt auch der Bruder und Thronfolger des japanischen Mikados in der Etappe. Hier drillt er als Hauptmann japanische Arbeiter- und Bauernsöhne zum willenlosen Kanonenfutter.

Neuyorker Spritschmuggler unter sich

MG.-Feuer beim Saufgelage

Drei Personen getötet — Vier schwer verletzt

Neuyork, 2. Februar. Im Neuyorker Stadtteil Bronx kam es in der Nacht zum Montag zu einer wilden Schießerei unter Mitgliedern konkurrierender Spritschmugglerbanden, wobei drei Personen getötet und vier weitere mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Ein bekannter Neuyorker Bierschmuggler, namens Call, veranstaltete in der Nacht zum Montag aus Anlaß seiner in letzter Zeit gemachten Riesengeschäfte mit seinen Helfershelfern in Bronx ein solennes Saufgelage. Plötzlich erschienen in der Wohnung vier Männer. Ohne Worte zu verlieren, richteten sie ein mitgebrachtes Maschinengewehr auf die Anwesenden und eröffneten ein Schnellfeuer. Sieben der so gewaltsam aus ihrer Festtagsstimmung gerissenen Personen brachen zusammen. Von ihnen waren eine Frau und zwei Männer auf der Stelle tot. Die Täter entkamen nach der Tat unerkannt in einem Auto.

Das Schnellfeuer hatte die ganze Nachbarschaft jäh aus dem Schlaf geweckt. An die Rücksichtslosigkeit der amerikanischen Banden gewöhnt, wagte jedoch niemand auf die Straße zu gehen, um die schwer Bewaffneten zu stellen oder zu verfolgen. Die zehn Minuten später eintreffende Polizei konnte nur noch den Tatbestand feststellen und für die Ueberführung der verwundeten Mitglieder der überfallenen Bande ins Krankenhaus sorgen.

Am Sonnabend Lübecker Urteil

Höhere Gewalten, nicht Oehke hat Schuld"

Lübeck, 2. Februar. Zu Beginn der Dienstagverhandlung im Lübecker Kindermordprozeß verkündete der Vorsitzende, daß er das Urteil am Sonnabend verkünden will.

Der Angeklagte Professor Oehke nahm gestern als einziger der Angeklagten das Wort zur Verteidigung. In der Pose des Märtyrers verkündete er, daß er „den Kindern nur Gutes zufügen wollte". „Der Tod sei aber den Kindern durch höhere Gewalten zugefügt worden."

Im übrigen ersucht er das Gericht, seine Mitangeklagten freizusprechen. Wenn Fahrlässigkeit vorläge, solle man ihm dafür bestrafen.

Ob sich das Gericht von den wehleidigen Ausführungen dieses sonderbaren „Märtyrers" beeinflussen läßt?

Drei Personen verbrannt

Bei einem Brande in einem Cafehause im Haag (Holland) kamen drei Personen ums Leben, unter ihnen eine deutsche Hausangestellte.

Verzweiflungstat eines Exmittierten

Celle, 2. Februar. Hier hat am Montagabend nach einem heftigen Streit mit seiner Familie ein 23jähriger Reisevertreter seine Schwiegereltern und seine 18jährige Frau durch Schüsse getötet und dann Selbstmord verübt. Die Eltern seiner Frau hatten ihm die Wohnung gekündigt. Am Dienstag sollte er exmittiert werden.

Zwei Textilfabriken in Flammen

In Bielitz-Biala entstand am Montag abend in einer Tuchfabrik ein Brand, der das ganze Fabrikgebäude in kurzer Zeit in Asche legte. Durch Funkenflug geriet eine zweite Textilfabrik in Brand. Auch sie wurde zum größten Teil zerstört. Außer den Maschinenanlagen sind auch große Warenvorräte verbrannt.

Falschmünzer Salabans Vergangenheit

Mit 20 Jahren bereits in Wohnungen eingebrochen

Wien, 2. Februar. Die Nachforschungen nach dem Vorleben des in Berlin in Untersuchungshaft sitzenden Falschmünzers Dr. Salaban haben jetzt ergeben, daß er bereits als Zwanzigjähriger in Brünn wegen eines Wohnungseinbruches verurteilt wurde.

Am 23. April 1904 hatte sich dann Salaban vor dem Brünner Straflandesgericht zu verantworten, allein sein Verfahren wurde von dem seiner Mittäter abgeschieden, da er schon damals zu erreichen wußte, daß man ihn wegen seines Geisteszustandes untersuchte. Das Ergebnis dieser Untersuchung lautete jedoch dahin, daß Salaban für seine Taten voll verantwortlich sei, und er erhielt denn dann auch eine Strafe von vier Monaten Kerker.

So hat denn Salaban seine kriminelle Tätigkeit bereits im Alter von zwanzig Jahren begonnen. Was er dann später getan und wohin er sich gewandt, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Des weiteren betonen die bürgerlichen Zeitungen besonders deutlich, daß Salaban wohl das Gymnasium besucht, jedoch nicht das Abitur abgelegt hat. Wichtigkeit . . .

„Ueberfall Felseneck"

Diese „Rote-Hilfe"-Broschüre in Millionen Hände

Die „Rote Hilfe" veröffentlicht in einer kleinen Broschüre, Preis 5 Pfennig, einen Tatsachenbericht von dem Ueberfall der Nationalsozialisten auf die Laubenkolonie „Felseneck" bei Berlin am 19. Januar 1932. An Hand von Aussagen unparteiischer Zeugen wird der Hergang des Ueberfalls geschildert. Das Steinbombardement auf die Kolonie, die Ermordung des Genossen Klemke, die Verteidigung der Laubenkolonisten gegen die SA-Banditen. Aufgezeigt wird, wie wohl vorbereitet der Ueberfall vor sich ging, wie die Nazis plötzlich in einem Trupp von 200 Mann mitten aus einer Versammlung abrückten, wie sie anwohnende Mieter aufforderten, die Fenster zu schließen mit dem Ruf: „Es wird scharf geschossen!" Es folgen Zitate aus der bürgerlichen Hetzpresse. Geschildert wird das sofortige Eingreifen der „Roten Hilfe", um den wahren Tatbestand aufzudecken. Die Broschüre schließt mit einem Appell an alle Arbeiter, die rote Einheitsfront gegen den Faschismus zu bilden und mit der „Roten Hilfe" für die Amnestie aller proletarischen politischen Gefangenen und aller Opfer der Not und des § 218 zu kämpfen.

Pest auf Java

Bereits zahlreiche Todesfälle

London, 2. Februar. In mehreren Orten Ost- und Mitteljavas herrscht seit mehreren Wochen eine Pestseuche. Vor etwa Monatsfrist brach sie in einer nordwestlich von Bandung liegenden Ortschaft aus, wo ihr 18 Menschen zum Opfer fielen.

Kürzlich wurde bekanntgegeben, daß auch in anderen Ortschaften, vor allem in der Umgebung der Stadt Surrahaja, Pesterkrankungen aufgetreten seien. Nunmehr wird aus Samarang berichtet, daß der im dichtbevölkerten mitteljavanischen Distrikt Kadu liegende Ort Lemuk „abgeschlossen werden mußte", da in der verflossenen Woche 14 Todesfälle durch Lungenpest zu verzeichnen waren. Die Bewohner des abgeriegelten Ortes überläßt man ihrem Schicksal. Echt „christlich..."

Altonaer Tankstelle überfallen

Am Sonntag wurde auf eine Tankstelle in der Großen Rosenstraße in Altona ein Raubüberfall ausgeführt. Zwei Männer drangen plötzlich in das Kontor der Tankstelle ein, bedrohten den Wärter mit einer Pistole und beraubten die Kasse, die 150 Mark enthielt. Die Täter konnten entkommen.

Im Schützengraben vor Schanghai

Die japanischen Kriegstreiber haben Charbin unter Artilleriefeuer gesetzt, über Schanghai das Standrecht verhängt. Die Bedrohung der Sowjetunion durch den japanischen Imperialismus verschärft sich täglich, höchste Alarmbereitschaft aller Werktätigen ist das Gebot der Stunde.

Titelbild der neuen AIZ.

Auch die Polizei rationalisiert

Diese kleine Maschine wird gegenwärtig von der Polizei auf ihre Brauchbarkeit hin geprüft, da sie innerhalb kürzester Zeit jeden Vorbestraften aus dem „Verbrecherarchiv" der Polizei herausfindet. Sind bestimmte Merkmale bei dem Gesuchten bekannt, so werden an den Hebeln die entsprechend bezeichneten Stangen gezogen. Der Apparat sortiert automatisch bestimmte Kartengruppen aus, bis schließlich die Karte des mit den bekannten Merkmalen Gesuchten übrigbleibt. Aber auch diese Maschine wird das verfaulende kapitalistische System, also den Boden aller Verbrechen, nicht mehr retten können.

Verantwortlich: Alfred Fendrich, Berlin.

Der Pleitegeier über dem Kreis Waldenburg

Die „Eiserne Front" mit den Nazis — Den Grubenbaronen wird die Steuer geschenkt und den Bergarbeitern die Löhne geraubt

Am Freitag, dem 29. Januar, tagte eine Kreistagssitzung, in der eine Reihe von Tagesordnungspunkten behandelt wurde. Bei dieser Gelegenheit hat sich die SPD., sowie die bürgerlichen Vertreter als die treuesten Diener des kapitalistischen Systems, sowie als beste Fettnäpfchenjäger entlarvt. **Beim zweiten Tagesordnungspunkt mußte festgestellt werden, daß der Kreis Waldenburg im Jahre 1930 mit einem Fehlbetrag von 227 324 Mark abschloß.** Der Landbundführer Hümmel konnte es sich bei dieser Gelegenheit nicht verweisen, seine alte abgeleierte Walze von allzu hohen Wohlfahrtsbelastungen noch einmal vorzubringen. Durch den kommunistischen Redner wurde er in der gebührenden Weise zurückgewiesen. Der Genosse Honisch wies auf, daß im Jahre 1930 der Kreis rund eineinhalb Millionen Mark als Einnahmen **mehr** buchen konnte, wenn man bei der Zusammenlegung der Gruben die richtigen Steuersätze von der **Nibal** erhoben hätte. Man hat den Grubenbaronen diese Steuer geschenkt, mit der Motivierung, daß bei einer Konzentration bessere Löhne für die Bergarbeiter gezahlt werden, und infolgedessen es den Bergarbeitern auch besser gehen wird. Seit jener Zeit sind die Löhne der Bergarbeiter mehrere Male abgebaut worden wogegen die Gehälter der Direktoren, die bis an die hunderttausende von Mark reichen, noch aufgebaut anstatt abgebaut werden. Ferner hat der Kreis Waldenburg seine letzte finanzielle Reserve und zwar 120 000 Mark Aktien von der EW. Schlesien verkauft, um so seinen Fehlbetrag decken zu können. Das ist so „das praktische Hineinwachsen in den Sozialismus", wovon die SPD. so schön redete. Der Bergrat Ebert gab durch einige Zwischenrufe kund, daß er immer noch der treueste Diener und Verteidiger des Grubenkapitals ist.

Bei dem Voranschlag der Kreissparkasse, gab die KPD.-Fraktion die Erklärung ab, daß sie gegen diesen sei, weil die Gehälter der kleinen Angestellten und Beamten auf Grund der vierten Notverordnung ungeheuer abgebaut wurden. Der SPD.-Redner, Herr Lehrer Selbig, dachte nun eine Agitationsrede für die Kreissparkasse halten zu müssen, wobei er bedauerte, daß die Sparer ihre Gelder von der Sparkasse abhoben. Der Redner der KPD.-Fraktion ging auf den Zusammenbruch der Danatbank und der übrigen privatkapitalistischen Banken ein und zeigte dabei, daß die Regierung ungeheure Millionen in diese bankerotte Unternehmungen noch hineinsteckte, anstatt das man diese Gelder den Kreisen und Kommunen zur Linderung der Not überwiesen hätte. Die KPD.-Fraktion reichte einen Antrag ein, der besagt, daß die Sätze der hilfsbedürftigen Sozial- und Kleinrentner nicht gekürzt werden dürfen. Hier zeigte sich die ganze Demagogie der bürgerlichen und sozialdemokratischen Vertreter, indem sie einfach den Antrag nicht zur Abstimmung kommen ließen, und denselben dem Kreisausschuß zur Beratung überwiesen. Die bisherigen Prüfungen der Kreiskommunalkasse wurden durch einen hiesigen Fachmann vorgenommen, der eine Entschädigung dafür bekam, von etwa 300 Mark. Die Regierung wünscht aber nun, daß künftighin die Prüfungen von dem Niederschlesischen Sparkassenverband Breslau vorgenommen werden. Der betreffende Revisor bekommt neben dem Fahrgeld noch täglich 40 Mark Spesen, was dem Kreis jährlich einige hundert Mark Mehrausgaben verursacht. Dieses wurde von der kommunistischen Fraktion stark kritisiert und gegen die bürgerlichen und SPD.-Stimmen abgelehnt.

Ein heißumstrittener Punkt war die Trennung der Gemeinde **Steingrund** von dem Amtsbezirk Reußendorf. Da der bisherige Amtsvorsteher ein SPD.-Mann ist und der Gemeindevorsteher von Reußendorf ein Bürgerlicher, entstand ein Kampf zwischen den Sozialdemokraten und Bürgerlichen. Der Genosse Honisch beleuchtete die Tätigkeit der faschistischen und sozialfaschistischen Amtsvorsteher im Kreise Waldenburg. Eine Reihe von Versammlungen, sowie öffentliche Kundgebungen sind von den sozialfaschistischen, sowie bürgerlichen Amtsvorstehern verboten worden, wogegen man in denselben Gemeinden den Nazioten und den Sozialdemokraten unumschränkte Freiheit ließ. Bei dieser Angelegenheit wurde die wankelmütige Politik des Kreisausschusses in das rechte Licht gerückt. Der Kreisausschuß, der aus drei Bürgerlichen, drei Sozialdemokraten zusammengesetzt ist, hat im Dezember einstimmig beschlossen, die Trennung der Gemeinde Steingrund vom Amtsbezirk Reußendorf, jedoch im Monat Januar hat derselbe Kreisausschuß wieder einstimmig beschlossen, die Trennung nicht durchzuführen. Hieraus kann man die wankelmütige Politik dieser Herrschaften am besten ersehen.

SPD. gegen die Berufsschüler

Dem Kreistag wurde ein Entwurf einer Kreissatzung über die Berufsschulpflicht im Landkreise Waldenburg vorgelegt. In derselben befanden sich eine Reihe Paragraphen, die die faschistischen Methoden in den Berufsschulen kennzeichnet. So werden unter anderem durch den § 11 für die Schüler Strafen festgesetzt; Nachsitzen und Schulhaft bis zu sechs Stunden. Ferner sollten Geldstrafen den Schülern zudiktiert werden. Die KPD.-Fraktion hat eine Reihe Abänderungsanträge gestellt, die unter anderem folgendes fordert: Verlegung der Schulzeit in die Arbeitszeit und Freistellung derselben von dem jeweiligen Arbeitgeber. Die Schüler sind berechtigt, einen Schulausschuß zu wählen und zwei Schüler soll ein Mitglied in den Ausschuß gewählt werden. Die Schulstrafen sind gänzlich zu streichen. Die Kosten für die ländliche Fortbildungsschule sind von der Gemeinde zu tragen. Diese Anträge sind den Bürgerlichen, sowie den Sozialdemokraten derartig in die Knochen gefahren, daß sie einen Vertagungsantrag stellten. Bei dieser Angelegenheit entlarvte sich die Kreistagsabgeordnete Frau Köhler, SPD., indem sie einen Zwischenruf machte: „Falls, wenn Schulstrafen verhängt werden, dann soll man die Berufsschüler Sonntags nachsitzen lassen." Einfach sozialfaschistische Methode. Hoffentlich befassen sich die SAJ.-Mitglieder mit diesen Problemen ihrer Kreistagsabgeordneten. Als letzten Punkt der Tagesordnung war vorgesehen die Neuwahl der Vertrauensmänner in die Ausschüsse für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen bei den Amtsgerichten im Kreise Waldenburg. Die KPD.-Fraktion hat eigene Vorschläge eingereicht, während die Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen ebenfalls einen Einheitsvorschlag einbrachten. Hier haben die Sozialdemokraten öffentlich dokumentiert, wie die „Eiserne Front" ihrer Meinung nach aussieht. SPD. und Nazi reichen sich nun brüderlich die Hand und stimmen für ihren gemeinsamen Vorschlag.

Die revolutionäre Arbeiterschaft Waldenburgs wird aber diesen sozialfaschistischen und nationalfaschistischen Vertretern die gebührende Antwort erteilen. Gegen diese SPD.-Blechfront mit den Nazis und Stahlhelmern, muß die rote Einheitsfront hergestellt werden, auf der Grundlage des proletarischen Abwehrkampfes im Betrieb und auf der Stempelstelle.

Polizei-Unternehmer und reformistischer Betriebsrat auf dem Kriegspfad gegen rote Betriebsräte

Waldenburg-Altwasser. Bei der Firma Tielsch ereignete sich ein Vorfall, der in drastischer Weise die Verbundenheit des dortigen reformistischen Betriebsratsvorsitzenden mit dem Unternehmer- und Staatsapparat aufzeigt. Dieser reformistische Betriebsratsvorsitzende scheute in seiner Wut gegen die roten Betriebsräte nicht davor zurück, der Polizei im Auftrage des Unternehmers die verwerflichsten Zutreiberdienste zu leisten.

Die Arbeiter erhalten hier einen guten Anschauungsunterricht über das Wesen der Dreieinigkeit, von Gewerkschaftsbürokratie, Unternehmer und Staatsapparat.

Ueber den Vorfall schreibt unser Arbeiterkorrespondent:

In der Nacht von Freitag zu Sonnabend wurde im Kontor der Firma Tielsch eingebrochen. Auf Sonnabend früh wurde der reformistische Betriebsratsvorsitzende nach dem Polizeipräsidium bestellt. Darauf erschienen im Laufe des Vormittags in der Fabrik zwei „Kripos" und ließen die roten Betriebsräte ins Kontor holen. Hier teilte man jedem einzelnen mit, daß in der Nacht eingebrochen wurde und lenkte den Verdacht auf die roten Betriebsräte. Das geschah mit der Begründung, daß die Einbrecher es nicht auf Geld oder Wertgegenstände, sondern auf Akten abgesehen hätten. In diesem Zusammenhang wird bekannt, daß am Freitag zwischen der Direktion und vier reformistischen Betriebsräten eine Sitzung stattgefunden hatte. Das ganze ist ein niederträchtiger Versuch, den roten Betriebsräten eins auszuwischen. Der Vorfall zeigt aber gleichzeitig die Angst der reformistischen Betriebsräte und des Unternehmers vor den roten Betriebsräten. Mit allen Mitteln werden diese bekämpft. In dem hier geschilderten Falle, ging der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Lisson mit dem Unternehmer und der Polizei Hand in Hand. Das bekräftigen folgende Tatsachen:

1. **Man hat Lisson zur Berichterstattung und Information auf das Polizeipräsidium geladen.**
2. **Die Kriminalpolizei begründet ihren Verdacht gegen die roten Betriebsräte damit, daß am Freitag eine Besprechung zwischen der Direktion und vier sozialdemokratischen Betriebsräten unter Ausschluß der roten Betriebsräte stattgefunden habe. Um nun den Inhalt dieser Besprechung zu erfahren — so wird den roten Betriebsräten unterschoben — versuchten diese das Protokoll zu entwenden, was natürlich frei erfunden ist.**

Bezeichnend für die enge Verbundenheit der reformistischen Betriebsräte mit der Direktion, ist die Tatsache ihrer Sonderbesprechungen, die das Licht der Oeffentlichkeit und die Kritik der Arbeiter scheuen.

*

Gegen den arbeiterfeindlichen Betriebsrat muß im Betrieb Tielsch und darüber hinaus schärfster Protest einsetzen. Solche Betriebsräte werden durch Brünings Notverordnung geschützt, die Arbeiter sollen auf Grund einer der letzten Notverordnungen nicht die Möglichkeit haben, derartige Betriebsräte abzusetzen und durch rote zu ersetzen. Hier müssen die Arbeiter auf dem Posten sein und sich um die RGO. scharen. Das gilt für den Betrieb Tielsch umsomehr, da verlautet, daß demnächst weitere hundert Entlassungen erfolgen sollen, sodaß demnach insgesamt 400 Arbeiter entlassen sind. Im Kampf gegen den Unternehmer und Polizeiterror, gegen die brüningtreuen Betriebsräte und gegen die Massenentlassungen, muß sich die rote Einheitsfront bilden.

Pflicht!

Gottesberg. Es ist Sonnabend nachmittag 5 Uhr, da erscheint der Funktionär einer reformistischen Gewerkschaft, kassiert, und bringt die Gewerkschaftszeitung, nebst einer Einladung zu einer um 6 Uhr stattfindenden großen Versammlung, in welcher eine große Kanone sprechen soll. Der Tag mit seinen verschiedenen Arbeiten ist bereits eingeteilt, doch diese Einladung wirft das ganze Programm um. Schnell werden die notwendigen Beweismittel gegen die reformistischen Bonzen geschnappt, und ab geht es. Ich muß unbedingt hin, denn wir sind nur noch wenige Genossen, die von dem Ausschluß aus diesem Verband verschont geblieben sind. Die meisten erscheinen in keiner Versammlung und doch wie ist es gerade heut notwendig, diese Gewerkschaftsversammlungen zu besuchen, und den reformistischen Heuchlern entgegenzutreten

Ich bin wieder allein. Der Redner, ein gewiegter Junge im Kirjeifen, spricht öhlich, der Zeit entsprechend nicht so, was man erwartet. Mit geringem Beifall endet er. Längst hab ich mir alles, was im Gegensatz zu ihren Taten steht, notiert. Als erster, eröffne ich die Diskussion, da es schien, als wenn keiner sprechen wolle. Sachlich, nicht persönlich, aber scharf trete ich dem Redner entgegen. Meine Ausführungen finden Zustimmung, selbst bei SPD.-Arbeitern. Die Diskussion kommt nun in Fluß, und bewegt sich in der Linie: es ist höchste Zeit, mit den Kommunisten gemeinsam zu kämpfen, die rote Einheit zu schmieden. Das geschieht zum Aerger der anwesenden Bonzen. Im Schlußwort versucht der Redner alles zu verdrehen, ich jedoch bin mir leichter, habe für diesen Abend meine proletarische Pflicht getan und erreicht, was ich wollte; die stärkere Bindung zwischen Parteilosen, SPD.- und KPD.-Arbeitern.

Vom Landeshuter Stadtparlament:

SPD. wählt Zentrumsreaktionär

Sozialdemokrat Altenberger gegen eine gerechte Senkung der Gas- u. Wasserpreise — Nur die Kommunisten vertreten die Forderungen der werktätigen Bevölkerung!

Landeshut. Im Rathaus fand die erste diesjährige Vorstellung der Landeshuter Stadtversammlung statt. Für die Arbeiterschaft war es eine schlechtgespielte Komödie, aber doch in manchem lehrreich. 1. Vorsteher wurde wieder Stadt(urgroß)vater Aberle, 2. Vorsteher der reaktionäre Zentrumsretter Klippel, für den die Schiller-Fraktion geschlossen stimmte. Bei der Wahl der Wahlvorbereitungskommission machte Schiller etwas Theater, wohl aus dem Grunde, weil etliche SPD.-Mitglieder im Zuhörerraum saßen. Bei der Abnahme der Jahresrechnung für 1929 kritisierte Genosse Schwerdtner, daß vom Bauamt über 6000 Mark „eingespart" wurden, indem notwendige Instandsetzungsarbeiten einfach nicht gemacht worden sind. Der wichtigste Teil der Tagesordnung war die Festsetzung der neuen Preise für Gas und Wasser. Schon in der vorigen Sitzung forderte unsere Fraktion Herabsetzung auf den Stand vom Januar 1927, während der Magistrat den Preis für Gas um etwa 10 Prozent und für Wasser um 5 Prozent senken wollte. Die SPD. hatte in der vorigen Sitzung dem Magistrat zugestimmt. Bei der erneuten Beratung begründete unser Redner eingehend unseren Antrag.

Vor zwei Jahren habe man den Gaspreis um 20 Prozent und den Wasserpreis um über 30 Prozent erhöht. Gehälter, Löhne, Unterstützungen habe man abgebaut, teilweise auf den Stand von 1924/25, bei den städtischen Arbeitern sei ein Lohnabbau von etwa 40 Prozent erfolgt.

Durch die hohen Gaspreise ist ein Rückgang im Verbrauch um 22 Prozent eingetreten. Ebenso fordern wir Beseitigung der Bestimmung, daß Kleinverbraucher monatlich 5 Kubikmeter bezahlen müssen, auch wenn weniger verbraucht wird. Auch die Gasmessermiete sei viel zu hoch; wir beantragen Herabsetzung auf die Hälfte.

In der Aussprache mußte sich der Sozialdemokrat Altenberger von den Bürgerlichen sagen lassen, daß er doch in der Kommission allem zugestimmt habe, während er heute das Gegenteil behaupte. Eine Eingabe der freien Gewerkschaften einschließlich der christlichen und Hirsch-Dunckerschen, die sich auf unseren Antrag stützte, veranlaßte die SPD., unserer Forderung zuzustimmen. Unser Antrag: Ablehnung der Magistratsvorlage wurde angenommen. Bei der Abstimmung über die von uns beantragten Preise verlor der Stadtverordnete Luchs seine Courage, und durch seine Stimmenthaltung wurde unser Antrag abgelehnt. Dieses schäbige Verhalten des Luchs, welcher inzwischen niedergelegt hat und selbst stempeln geht, sowie das Verhalten des SPD.-Stadtverordneten Altenberger in der Kommission wurde von den Zuhörern entrüstet abgelehnt. Wir werden den Kampf um Herabsetzung der Gas- und Wasserpreise in der Oeffentlichkeit mit Unterstützung der Arbeiterschaft verschärft durchsetzen. Genosse Brückner behandelte noch einen skandalösen Fall bei der Exmittierung einer Frau mit drei Kindern und zeigte das heuchlerische Verhalten des Stadtverordnetenvorstehers Aberle und des Bürgermeisters Fechner. Beide triefen von sozialem Mitgefühl in den Sitzungen, aber in der Tat zeigen sie ihr richtiges Gesicht. Herr Aberle mußte zugeben, daß Genosse Brückner recht hatte und das er als Bezirksvorsteher in diesem Falle vollständig versagt hat.

Langjähriges Gewerkschafts- und SPD.-Mitglied gegen die „eiserne Front"

SPD.-Arbeiter, folgt diesem Beispiel — kommt zur roten Front!

Raudten. Ein langjähriges Mitglied der Gewerkschaften und der SPD., Ortsgruppe Raudten, ist zur KPD. übergetreten und sendet uns folgende Erklärung:

Als langjähriges Mitglied der Gewerkschaften und der SPD. freute ich mich, als in Raudten ein Erwerbslosenausschuß gebildet wurde. In diesem Erwerbslosenausschuß anerkannte ich die Verwirklichung der Einheitsfront zum Kampf um die Forderungen der Erwerbslosen. Wir Arbeitslosen freuten uns, daß wir endlich eine Vertretung hatten. Aber was tat die SPD.-Bürokratie? Sie zerschlug den Erwerbslosenausschuß. Sie trat gegen die rote Einheitsfront auf. Dafür gehen sie die Einheitsfront mit den Kapitalisten ein. (Hindenburg.) Das Verhalten des Konsumvereinsbonzen in Raudten hat mich angeekelt und ich habe mich in die rote Front, in die Kommunistische Partei aufnehmen lassen. Ich hoffe, daß meinem Beispiel viele folgen werden.

Paul Petral.

Schauspielhaus
Fernruf 36300
Täglich 8¼ Uhr:
Der große Publikumserfolg
CASANOVA
Große Ausstattungs-Operetten-Revue
Musik von Johann Strauß
Allabendlich begeisterte Ovationen

Circus Busch
Sensationelles Programm
Sensationelle Preise
Tägl. 4¼ 8¼ 50 ₰ bis 1.50 2.50
Ruf 29135

Pfandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmucksachen

Masken und Theater-Kostüme
neu u. preisgekrönt, verleiht billigst
Größtes Spezialhaus
H. Wirsing, Breslau
Messergasse 50 — am Neumarkt

Inserenten
haben in unserer Zeitung
besten Erfolg

Vom Teilstreik zum Massenstreik / Von Fritz Heckert

Eine neue merkwürdige Erscheinung von „Aerzten des Kapitalismus" zu Generalstreiks-„Phrasenren" — Lenins Stellung zum Gerede der reformistischen und „linken" Verräter — In allen Einheiten der RGO muß dieser Artikel diskutiert werden

In der letzten Zeit erleben wir eine merkwürdige Erscheinung. Seitens der sozialfaschistischen Führer der reformistischen Gewerkschaften wird Reklame gemacht für die Idee des Generalstreiks. Die bekannten reformistischen Verräter, die noch vor kurzer Zeit proklamierten, daß es die Aufgabe verantwortlicher Gewerkschaftsführer sei, in dieser Weltwirtschaftskrise „Aerzte" des kranken Kapitalismus zu sein, dieselben treten heute mit der Losung „Generalstreik" auf. Solche Tatsachen erlebten wir in Frankreich, in England, in Polen und selbstverständlich auch in Deutschland. Das ist doch wohl eine bemerkenswerte Sache. Sollten wir nun annehmen, daß es diesen Führern plötzlich Angst und Bange über die Resultate ihrer bisherigen Politik geworden sei, oder wie erklärt sich diese Erscheinung sonst?

Entsinnen wir uns doch des Jahres 1922. Damals schickten sich die Imperialisten zu neuen, kriegerischen Abenteuern an. Das Proletariat war damals noch nicht genügend „beruhigt" über den letzten Krieg und seine Folgen. Es war darum schwer, z. B. eine solche Kriegshetze zu betreiben, wie das jetzt der Faschismus tut. Die Imperialisten wollten aber mit der Entwicklung einer aggressiveren Politik nicht warten. Darum galt es, die Wachsamkeit der Arbeiter gegen das kriegerische Treiben der Imperialisten einzuschläfern. Dazu traten die reformistischen Führer auf den Plan. Sie beriefen Weihnachten 1922 eine Friedenskonferenz nach Haag ein. Hier erklärten sie feierlich, daß die reformistischen Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien bereit seien, jeden Krieg mit dem Generalstreik zu beantworten.

Das sollte nach außen hin als eine furchtbare Drohung erscheinen. Lenin sah aber den

Zweck dieses reformistischen Betrugsmanövers

klar voraus. Den Delegierten der russischen Gewerkschaften, die auch zu dieser Friedensdemonstration eingeladen waren, gab er eine Instruktion mit auf den Weg, nämlich im Haag zu erklären: **daß das Gerede vom Generalstreik nur eine Methode sei, sich wirklichen Aktionen gegen die Kriegsmacher zu entziehen.** Wer gegen den Krieg wirklich kämpfen wolle, der müsse vorerst jede Gemeinschaft mit den kapitalistischen Parteien und besonders jede Zusammenarbeit mit den Kapitalisten auf wirtschaftlichem Gebiete einstellen. Das genüge aber noch lange nicht, denn der Generalstreik könne nicht wie ein Schuß aus einer Pistole ausgelöst werden. Dazu bedürfe es einer gründlichen Vorbereitung der Massen und zwar durch den täglichen Kampf in jedem Betriebe gegen alle Unbilligkeiten, die die Arbeiter hier durch das kapitalistische System erleiden.

Wie recht damals Lenin hatte, bewies die Geschichte. Die Generalstreikhelden von anno dazumal ließen wenige Wochen später die Besetzung des Ruhrgebietes durch den französischen Imperialismus geschehen und sie rührten keinen Finger zur Verhinderung oder auch nur Hemmung irgendeines kriegerischen Wetterleuchtens, wo es auch von ihren nationalen Imperialisten angezündet wurde. Im Gegenteil, wie im Weltkrieg, so waren diese Herrschaften auch jetzt wieder ganz eifrige und zuverlässige Unterstützer ihrer nationalen Raubkapitäne.

Generalstreik-Demagogie als Ablenkung der Arbeiter vom Teilstreik

Nachdem wir also eine solche Lehre erhalten haben, dürfen wir denn jetzt annehmen, daß die reformistischen Führer heute anders seien als damals, wo sie doch jeden Unterdrückungs- und Plünderungsfeldzug ihrer nationalen Kapitalisten gegen die Arbeiter ihres Landes unterstützen? Sind in Deutschland vielleicht nicht die Notverordnungen Brünings mit Tolerierung seitens der Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Parteibeamten zustandegekommen, oder haben die Henderson und Jouhaux etwa den wirklichen Generalstreik gegen die Lohnabbaumaßnahmen ihrer Kapitalisten und kapitalistischen Regierungen eingeleitet und durchgeführt? Man müßte einem Eis auf den Kopf legen, wenn man glauben würde, die reformistischen Schwindler seien für den Generalstreik, weil sie davon reden. Sie reden davon, weil sie keinen Streik haben wollen **und weil ihnen die Generalstreik-Demagogie gegenwärtig als das geeignetste Mittel erscheint, die Arbeiter von der Durchführung von Teilstreiks abzulenken.** Denn bis zum Generalstreik, so schätzen die Sozialfaschisten, ist noch ein langer Weg, und kommt Zeit, kommt Rat, ihn zu verhindern.

These von der Unmöglichkeit eines Streiks in der Krise durch Tatsachen widerlegt

Dieses reformistische Generalstreikmanöver wird jetzt erleichtert durch die Agitation der Brandlerianer, Trotzkisten und „linken" Sozialdemokraten von der Sorte Otto Bauers, in Deutschland der SAPD. Diese Herrschaften sagen den Arbeitern, **nachdem die These von der Unmöglichkeit der Streiks in der Krise durch die Tatsache vieler erfolgreicher Streiks unter Führung der RGO widerlegt ist:** Ihr Arbeiter müßt doch einsehen, daß ihr bei dieser großen Arbeitslosigkeit, bei dem großen Terror den Streik in eurem Betrieb allein gar nicht mit Erfolg führen könnt! Die „verrückte RGO-Politik" der „betrieblichen Streiks", so sagen sie, zerklüftet nur die Arbeiterschaft und bringt ihnen unausweichliche Niederlagen bei. Wenn dagegen die Arbeiter aller Betriebe zusammenstehen, wenn sie mit ihren (d. h. den reformistischen Gewerkschaften) den Generalstreik machen, dann ist der Sieg erreichbar. Als Beweis führen sie den Erfolg des Generalstreiks beim Kapp-Putsch an.

Abgesehen davon, daß damals gerade die reformistischen Gewerkschaften seinen Erfolg durch das Bielefelder Abkommen verraten haben, was kann der Effekt dieser Renegatenpolitik sein? Die wirkliche Herbeiführung eines Generalstreiks natürlich nicht, sondern nur die Verhinderung von betrieblichen Kämpfen. Jeden neuen Unternehmerangriff soll man über sich ergehen lassen, mit der Erklärung: Ja, wir allein können nicht mitten. Und, statt eines energischen Einsetzens aller Kräfte für die Auslösung von Kampfhandlungen im eigenen Betrieb, wird daraus ein Ueber-die-Schulter-Sähen, ob die Kollegen des Nachbarbetriebes nicht mit dem Streik beginnen wollen, „denn wer wird verantworten wollen, daß wir in unserem Betrieb wieder den Anfang machen?"

Politik der „oppositionellen Linken" die gefährlichste

Die Politik der Brandler, Trotzki und SAP-Anhänger: keine Teilstreiks, ist darum genau so streikverräterisch, als die Politik der sozialfaschistischen Führer der reformistischen Verbände. Ja, sie ist insofern sogar noch gefährlicher, weil viele Arbeiter, die schon das größte Mißtrauen gegen das Kampfgeschwätz der reformistischen Gewerkschaftsfunktionäre haben, glauben, die „oppositionellen Linken" wären ehrliche Leute. Können wir es leugnen, daß dieser reformistische Betrug nicht auch bei Teilen der revolutionären Arbeiter Verwirrung angerichtet hat? Nein!

Ausgehend von der Tatsache, daß natürlich ein allgemeiner Streik viel bedeutender ist, als ein Betriebskampf, und auch von der Erfahrung, daß bisher in den betrieblichen Streiks viele Niederlagen zu verzeichnen waren, lassen sich revolutionäre Gewerkschaftler durch ihren Wunsch nach einem allgemeinen Kampf von der Illusion gefangen nehmen, mit den reformistischen Gewerkschaftsführern und den Brandlerianern könne man zu einem Generalstreik kommen? Wir müssen ihnen mit Lenins Warnung aus der Haager Instruktion erwidern: **Was den Generalstreik gegen kapitalistische Maßnahmen zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen anlangt, so kommt man zu ihm nur ebenso, wie zum Generalstreik gegen Krieg, durch die Organisierung des täglichen Kampfes der Arbeiter in jedem Betrieb.**

Die polnischen Teilstreiks als Lehre

Es ist auch gar nicht richtig, daß die Betriebsstreiks zu Niederlagen von vornherein verurteilt sind. Wenn bisher viele betriebliche Streikbewegungen nicht den gewünschten Erfolg hatten oder sogar negative Ergebnisse zeigten, so liegt das in der Hauptsache daran, daß diese Kämpfe nicht richtig vorbereitet wurden. Wo bei der Vorbereitung derselben nicht grobe Fehler gemacht wurden, da gab es sehr gute Resultate. Das sehen wir z. B. an den vielen erfolgreichen Betriebsstreiks in Polen im Jahre 1931. Dort ist es den Kapitalisten nur selten gelungen, den beabsichtigten Lohnabbau oder andere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchzuführen, trotzdem die reformistischen Betrüger in Polen kein Jota besser sind, als etwa ihre Kollegen in Deutschland. Was aber den Terror anbelangt, unter dem die Arbeiterschaft leidet, so ist dieser in Polen viele Male größer, als in den meisten großen kapitalistischen Ländern, und auch in Deutschland.

Richtige Forderungen notwendig

Zu einem betrieblichen Teilkampf kommt es darauf an, daß möglichst alle Arbeiter (Arbeiterinnen, Angestellte, Jugendliche) von der Notwendigkeit des Kampfes überzeugt sind, damit die Sozialfaschisten oder die „linken" Laumacher verhindert werden, die Kampffront zerbrechen zu können. Wie ist die Erreichung eines solchen Zustandes möglich? Das hängt von dem Charakter der Forderungen ab und von der Art und Weise, wie ihre Aufstellung und Durchführung vorgenommen wird. Wenn z. B. die Forderungen, um welche die Arbeiter kämpfen sollen, von nicht mit den Betriebsverhältnissen vertrauten, außerhalb des Betriebes Stehenden formuliert werden und dann der Kampf für ihre Durchsetzung proklamiert wird, geht die Sache meistens schief. Ist das z. B. ein reales Forderungsprogramm, wenn die Forderungen lauten: Kampf 1. gegen jeden Lohnabbau, 2. für sofortige Aufhebung der Notverordnungen, 3. für Beseitigung des Kapitalismus, 4. Kampf bis zum Sieg? Kein Zweifel, bei dem Hungerdasein wünschen die Arbeiter lieber heute als morgen, diesen Zustand zu beseitigen.

Die Aufstellung richtiger, formulierter Forderungen ist also das erste, was nicht versäumt werden darf. Das zweite ist aber, von wem und wo diese Forderungen aufgestellt werden. Es kann mit Erfolg allein im Betrieb (oft sogar nur in der Abteilung) geschehen, und es müssen möglichst alle Arbeiter daran teilnehmen. Nur so werden die Forderungen Allgemeingut der Gesamtbelegschaft und der Kampf für ihre Durchführung Sache aller Betriebsmitglieder. Damit wird auch am besten die reformistische Streiksabotage verhindert und die Arbeiter immun gemacht gegen die reformistischen Betrugsmanöver. Natürlich werden auch bei solchen Methoden die Sozialfaschisten nicht schweigen, aber sie werden sich schnell vor der Belegschaft entlarven als die Feinde eines jeden Kampfes.

Gerade die „wilden Streiks" in Polen beweisen die Erfolgmöglichkeit dieser Taktik. **Was muß nun aber die Folge einer Summe solcher Teilkämpfe sein?** Wenn es den Unternehmern nicht gelingt, in jedem Betrieb die Bedingungen ihrer Arbeiter zu verschlechtern, weil die Arbeiter Widerstand leisten und auch die Reformisten den Unternehmern nicht die erwartete Hilfe durch Sprengung der Kampffront leisten können, werden sich dann die Unternehmer mit diesen Tatsachen abfinden? Auf keinen Fall!

Teilstreik, Vorstufe für den allgemeinen Kampf

Die gegenwärtige Krise zwingt die Unternehmer zu immer schärferen Angriffen auf die Arbeiterklasse. Das Unternehmertum hat gar keine anderen Mittel, um seine Existenz aufrecht zu erhalten, als die darikale Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Wenn es also betrieblich sein Ziel nicht erreichen kann, dann muß es selbst den Kampf auf breitester Front beginnen. (Das sehen wir an der Aussperrungspolitik in Polen, an der Notverordnungspolitik in Deutschland.) Und die reformistischen Aerzte? Auch sie können nichts gewinnen, wenn die Arbeiter ohne und gegen sie die betrieblichen Kämpfe auslösen und siegen. Sie verlieren dadurch doch jede Bedeutung für das Unternehmertum, denn sie können nur noch dienen als Zerschlager der Arbeiterfront, als Damm gegen einen revolutionären Angriff der Arbeiterschaft.

Hat der Arbeiter seine schärfste gewerkschaftliche Waffe erfolgreich in den Betrieben unter eigener Leitung anzuwenden gelernt, so wird er natürlich nicht darauf verzichten, von dieser Waffe Gebrauch zu machen, wenn der Angriff auf breiterer Front erfolgt. Im Gegenteil, er ist jetzt zu einem allgemeinen Kampf viel fähiger geworden, und er wird auch für den größeren Kampf sich eigene Leitungen schaffen und nicht abstellen auf die Hilfe durch die reformistischen Gewerkschaftsführer, die er doch in seinem Betriebskampf schon als die Feinde jeden Kampfes, und sei es auch um die kleinsten Dinge seines täglichen Lebens, erkannt hat. Fragen wir uns aber: Werden unter solchen Umständen die sozialfaschistischen Führer auch noch vom Generalstreik reden, so ist das kaum anzunehmen; denn jetzt könnten sie nicht einmal diese Aktion (Generalstreik) anwenden, um den ausgebrochenen Kampf zu brechen, wie sie das z. B. mit Erfolg bei dem letzten polnischen Straßenbahnerstreik in Warschau getan haben, oder wie sie es taten im englischen Bergarbeiterkampf oder im Kapp-Putsch. Sie können das deswegen nicht tun, weil sie in der Führung dieser Streikbewegungen keine Positionen mehr einnehmen werden, von denen aus sie einen solchen Streich führen können.

Wir sehen also, daß der Teilstreik zwar den allgemeinen Streik nicht ersetzen kann, aber wir sehen auch, wie der Teilstreik die Vorstufe für den allgemeinen Kampf bildet, wie er die Arbeiter lehrt, Kämpfe vorzubereiten und zu führen, wie durch ihn der reformistische Verrat plus den Machinationen der Brandlerianer, Trotzkisten und SAP-Führer ausgeschaltet oder zumindestens eingeschränkt werden. Während andererseits die Unternehmer gezwungen werden, die Arbeiter auf immer breiterer Front zu attackieren. Durch die systematische Aufklärungsarbeit in den Betrieben (und Betriebsabteilungen), durch Kampf um die Durchsetzung jener Dinge, die hier den Arbeiter bedrücken, schaffen wir die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiter auch in größerer Masse ihre Existenz verteidigen, bis zum endgültigen Siege des Sozialismus.

Internationale Wirtschafts- und Gewerkschaftskämpfe

Der Streik der britischen Textilarbeiterinnen

Der Streik in den Wirkwaren-Fabriken von Wolsey dauert geschlossen fort. Die Gewerkschaftsbürokraten versuchten, hinter dem Rücken der Streikenden ein Abkommen zustande zu bringen. Die Streikenden forderten heute in einer Massenversammlung, daß bei allen künftigen Verhandlungen die Gewerkschaftsbürokraten von Vertretern der Arbeiter begleitet werden. Trotz des Protestes der Gewerkschaftsbürokraten wurde dies beschlossen.

Wachstum der roten Gewerkschaften in Brünn

Die roten Gewerkschaften haben im Brünner Kreis 3600 neue Mitglieder geworben. Der Zimmermannsverband, der in Brünn mit den roten Gewerkschaften zusammenarbeitete, erhöhte seine Mitgliederzahl von 900 auf 1800. Im Verlaut von einer Woche gewannen der Metallarbeiterverband 150 und der Bauarbeiterverband 140 neue Mitglieder.

Arbeitslosenkongresse in Frankreich

Nach dem Kongreß des Pariser Bezirkes haben erfolgreiche Arbeitslosenkongresse in St. Etienne, im Havre, in St. Quentin und in Lille stattgefunden.

Voraussage der Komm. Internationale eingetroffen

In der Resolution, die das X. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Mai 1929 angenommen hat, heißt es:

Entgegen den Prophezeiungen der Sozialdemokratie und den in ihr Horn blasenden rechten und versöhnlerischen Elementen hat die Stabilisierung des Kapitalismus nicht nur keine Festigung erfahren, sondern wird im Gegenteil immer mehr und mehr erschüttert. Immer anschaulicher bestätigt sich die Richtigkeit der vom VI. Kongreß gegebenen Einschätzung der jetzigen dritten Periode des Nachkriegskapitalismus als einer Periode des Heranreifens einer allgemeinen Krise, der beschleunigten Verschärfung der grundlegenden außen- und innerpolitischen Gegensätze des Imperialismus, die mit Unvermeidlichkeit zu imperialistischen Kriegen, zu den gewaltigsten Klassenkonflikten, zu einer Aera der Entwicklung eines neuen revolutionären Aufschwungs in den ausschlaggebenden kapitalistischen Ländern und zu großen antiimperialistischen Revolutionen in den Kolonialländern führen.

Diese Voraussagen zu einer Zeit gegeben, wo die Wirtschaftskrise erst in einigen Ländern schärfere Formen annahm, hat sich Wort für Wort bestätigt.

Streik im nordfranzösischen Kohlengebiet

Paris, 2. Februar. Die Kündigung des Lohntarifs durch die Unternehmer des nordfranzösischen Kohlengebietes zum 1. Februar hat der Einheitsverband der Bergarbeiter mit dem Streik beantwortet. Der Streikparole des Einheitsverbandes gegen den zehnprozentigen Lohnabbau haben bisher fünf Schächte gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsverbände Folge geleistet.

In St. Nazaire veranstalteten 4000 Metallarbeiter eine Kundgebung gegen die Massenentlassungen. Die Dockarbeiter und Schiffsbauer von Dünkirchen haben beschlossen, gegen den Versuch der Unternehmer, die Löhne herabzusetzen, am 4. Februar in den Streik zu treten.

In Limoge, dem Zentrum der französischen Schuhindustrie, kam es heute zu blutigen Zusammenstößen zwischen solchen unter Führung der RGO. stehenden Schuharbeitern, die gegen den Lohnabbau in Streik getreten sind, und Streikbrechern, die unter dem Schutz der Polizei in die Betriebe einzudringen versuchten.

70 000 Arbeiter im Kampf unter kommunistischer Führung

Madrid, 2. Februar. An dem in Sevilla von der Kommunistischen Partei proklamierten Generalstreik sind 70 000 Arbeiter beteiligt.

In einer Vorstadt von Madrid kam es zwischen streikenden Straßenbahnern einerseits und Polizei und Streikbrechern andererseits zu blutigen Zusammenstößen.

Wiener Einheitskongreß von der Polizei gesprengt

Wien, 2. Februar. Gestern trat hier der Einheitskongreß der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen zusammen. Der Kongreß war von ungefähr 600 Delegierten besucht. Als nach dem Referat des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei, Genossen Koplenik, ein oppositioneller Sozialdemokrat das Wort ergriff, drang die Polizei in den Saal, erklärte die Versammlung für aufgelöst und sprengte den Kongreß.

KP. Frankreichs im Kampf gegen den Krieg

Aufruf der Kommunistischen Partei Frankreichs zu Massenaktionen gegen den imperialistischen Krieg im Fernen Osten und den räuberischen französischen Imperialismus

Paris, 2. Februar. Die „Humanité" veröffentlicht einen Aufruf des Polbüros der Kommunistischen Partei Frankreichs, in dem es heißt:

„Die Kanonen des japanischen Imperialismus bombardieren Schanghai und Charbin. Mit der offenen Unterstützung des französischen Imperialismus setzen die japanischen Räuber ihre Banditentätigkeit fort und massakrieren die chinesischen Werktätigen.

Die Bombardierung und die Besetzung Charbins verschärfen ungeheuer die unmittelbare Bedrohung der Sowjetunion und sind ein Schritt weiter zum bewaffneten Angriff gegen unser sozialistisches Vaterland.

Amerikanische Kriegsschiffe steuern mit Volldampf nach der Jangtse-Mündung. Die imperialistischen Länder kämpfen um die Aufteilung Chinas. Sie wollen die Erfolge der jungen chinesischen Sowjetrepublik eindämmen und sie in einem Meer von Blut ertränken.

Während die gegen die Sowjetunion gerichteten Kriegs- und Raubpläne der kapitalistischen Staaten in beschleunigtem Tempo ihrer Verwirklichung entgegengehen, verschärft die Sozialdemokratische Partei Frankreichs ihre Angriffe gegen die Sowjetunion und verdoppelt ihre Anstrengungen, um die Wachsamkeit der Proletarier durch ihre Kampagnen über den Pazifismus und die Abrüstung einzuschläfern. Wie im Jahre 1914 verwirklicht die Sozialdemokratische Partei Frankreichs auch heute die nationale Einheitsfront mit allen Parteien der Bourgeoisie.

Werktätige Frankreichs! Unter Führung der Kommunistischen Partei, der einzigen Partei, die gegen den Krieg kämpft, entwickelt eure Aktionen, verdoppelt eure Demonstrationen gegen den französischen Imperialismus, der an der Spitze dieser teuflischen Umtriebe steht.

Sozialdemokratische Arbeiter! Ihr seid aufrichtig gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion. Eure Führer und eure Partei betrügen euch. Mit pazifistischen Phrasen wollen sie euch, im Schlepptau eures Klassenfeindes, des Kapitalismus, in den Krieg hineinzerren. Entledigt euch ihrer Vormundschaft. Verbindet euch mit den kommunistischen Arbeitern zum einzig wirksamen Kampf gegen den Krieg. Fordert gemeinsam:

Zurückziehung der französischen Truppen und Kriegsschiffe aus China!

Organisiert die gemeinsame Aktion zur Verhinderung der Truppen- und Munitionstransporte!

Kämpft tagtäglich in den Betrieben und in den Erwerbslosenausschüssen für die Verteidigung eures Lohnes, für die Einführung einer Erwerbslosenversicherung, auf Kosten der Unternehmer und des Staates, für den Siebenstundentag mit Lohnausgleich, gegen die Entlassungen.

Für eure Forderungen kämpfen heißt den französischen Imperialismus schwächen, heißt gegen den Krieg kämpfen.

Die 17. Parteikonferenz der KPSU.

Stöße von Telegrammen und Briefen zeigen die enge Verbundenheit der Partei mit den Massen

Moskau, 1. Februar (Eigener Drahtbericht unseres WB.-Redaktionsmitgliedes.) Während der Parteikonferenz bringt der Postbote heute 11 Uhr vormittags ein Telegramm mit der Anschrift 17. Parteikonferenz; der Aufgabeort ist Magnitostroi. Das Telegramm lautet: „Heute früh 8 Uhr wurde der erste Hochofen angeblasen. Dieser Hochofen wurde als erster aus der Serie von zehn fertig und liefert täglich 1000 Tonnen Gußeisen."

Alle paar Minuten laufen neue Telegramme ein, die Briefe werden zu Stapeln am Vorstandstisch. Betriebe, Kollektiven, Sowjetgüter berichten der Parteikonferenz und senden Geschenke in Form von neuen Siegen an der Front der Industrialisierung. Der Betrieb Dynamo, Moskau, meldet für den Plan 1932 33 Millionen Rubel Ersparnis durch selbständige Herstellung von Maschinen.

Die Stoßbrigade deutscher Erdarbeiter aus den Kohlengruben Prokopjewsk im Kusnezbecken schreibt: „Als Geschenk an Parteikonferenz übererfüllten wir den Monatsplan vor der Frist. Die Grundlage unserer Arbeit bildet der Kampf um die vollständige Durchführung der Parteilinie. Die Brigade wird alles daransetzen, noch größere Erfolge an der Industriefront zu erringen."

Laute Rufe ertönen vom Hofe des großen Kremlpalastes. Soeben findet die Einlieferung der ersten fünfzehn Autos vom Nischni-Nowgoroder Autogiganten statt. Die 29 größten Schächte des Donezbeckens drahten aus Stalino: „29 Gruben, welche 10 Prozent der gesamten Kohlenförderung der Sowjetunion aufbringen, begrüßen die 17. Parteikonferenz und geloben, täglich 10 000 Tonnen Kohle zu fördern als unseren Anteil zum Plan. 90 Millionen Tonnen Kohle für 1932."

Es kommt ein Blitztelegramm aus Tscheljabinsk: 2000 neue Kämpfer für die Partei Lenins in den Wochen der Vorbereitung zur Parteikonferenz gewonnen. Die Arbeiter des Landmaschinenbetriebes beschlossen, im Jahre 1932 statt 12 000 Traktorenpflüge 15 000 zu liefern.

Ein neues Telegramm aus Leningrad: „Die Leningrader sozialistische Industrie verringerte 1931 nach vorläufigen Aufstellungen den Import aus dem kapitalistischen Ausland um 285 Millionen Goldrubel."

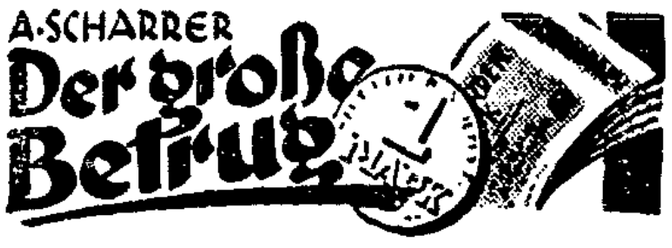
Ein Brief fällt besonders auf, der viele Unterschriften von Arbeitern trägt. Er ist geschrieben im kalten Norden von den Holzfällern in Archangelsk, den „Zwangsarbeitern" bürgerlicher und sozialdemokratischer Lügenblätter. 26 126 Holzfäller unterzeichneten diesen Bericht: „Wir begehen die Eröffnung der 17. Parteikonferenz mit neuen Erfolgen, mit verstärktem Kampf zur Vollendung des Holzschlages im Februar, des Abtransports im März."

Nach dem Bericht des Genossen Ordschonikidse, den wir noch ausführlich veröffentlichen werden, setzte eine lebhafte Diskussion ein, die heute den ganzen Tag dauerte. Im Verlauf der Diskussion sprachen u. a. der stellvertretende Volkskommissar für die Schwerindustrie, Genosse Seredrowski, der Volkskommissar für die Leichtindustrie, Genosse Ljubimow, der Volkskommissar für die Holzindustrie, Genosse Lobow, der Vertreter des westsibirischen Gaues, die Vertreter aus Leningrad, der Sowjetukraine, dem Nordkaukasus, dem Industriegebiet von Iwanowo-Woßnessensk, die Genossen Postyschew, Rudzutak, Mikojan, Bucharin und andere.

Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion mitteilt, hat die Sowjetregierung den bisherigen stellvertretenden Volkskommissar für den Außenhandel, Weizer, zum Handelsvertreter in Berlin ernannt.

A. SCHARRER

Der große Betrug



(Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.)

47. Fortsetzung.

„Aber warum einen Mann wie Stinnes nicht ausnützen? Kommt die Anleihe zustande, ist der Spuk aus. Soll diese Möglichkeit untergraben werden durch die blödsinnige Fensterscheibenpolitik der radikalen Schreier? Faß dich mal an den Kopf, Albert! Erst toben die Demagogen, daß Stinnes die Kiste allein schmeißen will, und dann toben sie, daß auch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften ein Wörtchen mitreden wollen. Ekelhaft!"

Kümmel sah auf die Straße, und sein Gesicht zeigte einen verächtlichen Ausdruck. „Und da fehlt gerade noch, daß wir auch im Staat und in der Kommune das Feld räumen und in der Gegend herumplärren. Dann stehen wir wieder da, wo wir zu Wilhelms Zeiten gestanden haben. Daß so ein Irrsinn überhaupt noch Boden findet?" schloß Kümmel. „Die Freiheit der Irrsinnigen? So weit ist es, Gott sei Dank, nun doch noch nicht! – Gehen wir?"

Albert erhob sich schweigend. An der Ecke verabschiedeten sie sich. „Grüß zu Hause und mach dir keine Sorgen", sagte Kümmel ermunternd. „Wenn du die Vorladung hast, — weißt ja, wo ich wohne."

Andern Tags erhielt Albert die Vorladung zum Mieteinigungsamt nebst der Begründung der Räumungsklage und ging damit hinunter zu Bradtke. Der saß an einem mit vielen Säulen und Schnörkeln verzierten Schreibtisch. Auf seiner Nase balancierte ein schwarzgeränderter Kneifer, über den er stirnrunzelnd hinwegschielte.

„Was verschafft mir die Ehre, Herr Buchner?"

„Was haben Sie denn hier zusammengeschrieben, Herr Bradtke? Daran glauben Sie doch selbst nicht!"

Bradtke nahm seinen Kneifer ab, eine Geste, die offenbar die Wichtigkeit der Antwort im voraus andeuten sollte. „Sie erlauben sich also, mich der bewußten Lüge zu bezichtigen, Herr Buchner? Dann muß ich Ihnen leider eröffnen, daß ich keinerlei Veranlassung habe, weiter mit Ihnen zu konferieren", meinte er.

Es kostete Albert starke Ueberwindung, wortlos zu gehen, aber er ging.

★

Auf der Treppe fragte ihn Frau Lederer: „Was will denn der Kerl von Ihnen, Herr Buchner?" und reichte ihm einen Beschwerdezettel, den Bradtke den Mietern zur Unterschrift vorgelegt hatte. Frau Lederer wohnte unter der Wohnung Alberts, und sie sollte als erste unterschreiben, daß sie vor Krach durch die nächtlichen Versammlungen nicht schlafen könne; daß Herbert die Treppe auf und ab rase wie ein Verrückter, nur um Herrn Bradtke Sachschaden zu verursachen, Hof und Kellergang verunreinige: daß alles in allem jeder anständige Mensch es ablehnen müsse, mit solchen Mietern in einem Hause zu wohnen. „Wir wohnen doch nun schon acht Monate hier", meinte Frau Lederer, „wir haben von all dem noch nichts gemerkt. Man müßte eine Hausversammlung einberufen, um dem Kerl das schmutzige Handwerk zu legen. Der will nur sein Schäfchen ins Trockene bringen und deswegen die Mieter untereinander aufhetzen."

In der Mieterversammlung wurden Lerch, Lanz und Frau Baumann zum Mieterrat gewählt, und beschlossen, in der Sache Buchner eine Gegenerklärung der Mieter zu verfassen. Auch die Nichtanwesenden wurden sofort aufgesucht und ihnen die Erklärung zur Unterschrift vorgelegt. In einer darauf folgenden Hausversammlung sollte dann zu den Pflichten des Hauswirts Stellung genommen werden, was jedoch keinen abhielt, schon jetzt auszupacken.

„Der Kerl läßt einen tagelang ohne Wasser sitzen. Jede Woche ist in der Baracke das Rohr entzwei."

„Das Dach ist halb abgedeckt; es regnet so durch, daß es bei uns durch die Küche kommt, gucken Sie sich mal unsere Decke an!"

„In der Waschküche hat er einfach den Ablauf herausnehmen lassen. ‚Wenn die Weiber das Wasser mit dem Eimer aufnehmen und in den Ausguß gießen müssen, verpanschen sie nicht so viel', sagt der Schweinehund! Was denkt sich der Kerl eigentlich?"

„Der hat schon zehn Jahre keinen Fatz machen lassen. Nur immer Miete kassiert. Bei uns ist der Herd schon halb eingefallen. ‚Wem es nicht gefällt, der kann ja ziehen', sagt der Fatzke."

„An den Fenstern ist kein Gramm Farbe mehr. Die Tapeten fallen einem ins Essen. Sind wir denn nur dazu da, um den Kerl zu mästen?"

„Bei uns mußte er die Stube machen lassen. Wurde vom Mieteinigungsamt dazu verurteilt. Da kraucht das Ekel selbst tagelang oben rum und schmiert die Wände mit Wasserfarbe an. Wenn man rankommt, hat man die halbe Wand am Buckel. Unnd wie ich ihm das sage, da grient der Dreckkopf noch und meint: ‚Zieh'n Sie doch nach dem Grunewald, in 'ne Villa, wenn Ihnen das nicht paßt'."

„Der ist nicht nur geizig, sondern direkt niederträchtig. Ich bin bei meinen Eltern gewesen und habe mir drei Kaninchen mitgebracht. So groß waren die (Lerch zeigt: so lang wie seine Hand, das übrige kann jeder erraten); und die hatt' ich auf meinem Boden in einer mit Blech ausgeschlagenen Kiste. Ein paar Karnickel füttert man immer durch, das bißchen Futter hätten schon die Gören rangeholt. Hätt' man auch mal 'n Happen Fleisch jehabt, jetzt bei der Teuerung. Denken Sie, der Kerl hat geruht, bis ich sie weggebracht hab'? Zum Gesundheitsamt ist er gerannt und hat da angegeben von Geruch und Bretter verfaulen und so. Der Schubiack!"

„Aber seine drei Katzen, die die Treppen und den Boden vollpissen, daß es stinkt wie im Schweinestall. Das muß man sich gefallen lassen! Wenn man in den Hof kommt, tritt man in lauter Hühnerkacke. Er kann sich 'ne ganze Menagerie halten. Katzen, Hühner und Hund."

„Und vor allen Dingen seinen Vogel nicht zu vergessen!" unterbrach die dicke Baumann und löste die Diskussion in Lachen auf.

Lerch stellte fest, daß nicht alle Mieter die Gegenerklärung unterschrieben hätten. Herr Ems erklärte, daß er sich ‚mit so etwas nicht abgebe'! Dieser Herr Ems wäre, wie aus dem Schreiben des Mietamtes zu ersehen sei, von Bradtke als Zeuge angegeben, ebenfalls Herr Möller.

„Möllers ziehen doch zum Ersten!"

„Und Ems wohnen doch parterre. Wollen die auch den Krach oben gehört haben?"

„Die Möllers und Ems sind mit dem Bradtke im Verein", berichtete die Baumann. „Das ist so 'n schwarzweißrotes Königin-Luise-Pack. Früher haben sie in Einwohnerwehr gemacht."

„Und wen hat er noch als Zeugen?"

„Frau Staak, die Portierfrau."

(Fortsetzung folgt.)

Empfehlenswerte Geschäfte von Schlesien

Görlitz

Görlitzer Molkerei e. G. m. H., Emmerichstraße 55 43490
Telefon 47 — Tägliche Verarbeitung von ca. 1600 Litern

Görlitzer Fischbratküche, Demianiplatz 18
Inhaber Johannes Berger [43498]

Heyl'sche Güterverwaltung G.m.b.H.
Horka O.-L.
Täglicher Markt in landwirtschaftlichen Artikeln sowie erstklassigen Fleisch- und Wurstwaren
An der Frauenkirche 8/9
An Markttagen: Dresdener Platz 43491

Wäschehaus Hermann Junge
Marienplatz 6 gegenüber dem dicken Turm
Bettwäsche, Tischwäsche, Leibwäsche, Trikotagen u. Wollwaren, Kleider- u. Wäschestoffe, Gardinen
43438

Einkaufs-Vorteile besonderer Art nur im
Telephon 3181-3183
KAUFHAUS ZUM STRAUSS
RUD. KARSTADT AG., GÖRLITZ
43492

Kaufhaus Gebrüder Meirowsky Herren- und Damen-Konfektion 43950

Klinogumbwy-Kaffee immer die führende Qualität 44220

Paul Strobach, Luisenstraße 10, gegr. 1886
Licht — Kraft — Radio
44556

Reserviert 43960

Karl Roth Berliner Str. 56 43640
Stahlwaren, Schleiferei

Fr. Krüger, Neißestr. 19 Umpreß-Anstalt Damen-Putz 43956

Täglich frische Bratwurst
Knoblauchwurst als Spezialität, empfiehlt
A. Th. Tempel, Jakobstr. 27 43500

M. Lorenz 43497
Spezial-Bettengeschäft
Bettfiedernreinigung
Salomonstraße Nr. 40

Zentralbad Hospitalstr. 31 44560

Reserviert

Destillation / Weinhandlung
F. USEMANN
Weberstraße 10 43496

Möbel Möbelhaus G. Popig Ruf 1829 — Mittelstraße 8a 44559

Sanitäts- u. Bandagengeschäft
J. Erhardt
Hauptstraße Nr. 43. Lieferant sämtlicher Berufs- und Krankenkassen 43495

Bei **Moritz Dresel**
Obermarkt 6
kaufen — heißt Geld sparen
43501

Sämereien
Alfred Franzel Nachf., Elisabethstraße 17 44555

Gustav Lange
Roßschlächterei, Schwarzestr. 1 43494

Fleischerei und Frühstückstube
Willi Mühle, Nonnenstr. 18-19 44624

Spezialgeschäft täglich frische Polnische
Jeden Donnerstag ab 8 Uhr frische Bratwurst
Rud. Pobig, Inh.: Helene verw. Pobig
Teichstraße 17-18 44623

Ernst Seidel, Demianipl. 19-20
Reparatur-Werkstatt
Große Auswahl Fahrräder, Nähmaschinen 44557

Reserviert 43938

General-Vertretung
Max Helbig, Görlitz
Handelshof
Büromaschinen Einrichtungen
Fernruf: 893
43314

Reserviert 44134

Optik **IMMISCH** Foto
Augengläser
Alfred Läuig, Dipl.-Opt., Berliner Str. 3 43639

Eduard Worm
Inh. B. Berthold - Nikolaigraben 4
Wäsche, Weiß- u. Wollwaren
Trikotagen, Kleiderstoffe
43644

Möbel, preiswert und gut **Möbelhaus R. Weber**
Ruf: 543, Landskronstraße 40 43965

Kolonialwaren und Molkereibutter
Georg Sifaras
Prager Str. 3 - Nikolaistr. 11 43963

„Felsenkeller" Sonnenstr. 5
Verkehrslokal der Arbeiter 44136

Direkt ab Fabrik an Private
Metallbetten
Polstermatratzen
Zugfedermatratzen
Chaiselongues usw.
Görlitzer Metallwerke
Promenade 5 bis 9
Filiale in Lauban
Weberstraße 5
Filiale in Hirschberg
Bahnhofstraße 47
43646

Max Wilhelm
Kl. Konsulstraße
Holz u. Kohlen
44135

M. Melzer
Langenstraße 4
Fleisch- u. Wurstwaren
44127

8 Prozent Rabatt in Marken
Joh. Müller
Neißstraße 17
Lebensmittel
43967

Molkerei Troitschendorf, e.G.m.b.H.
Gegründet 1905 — Fernruf: Groß 261
empfiehlt ihre anerkannt guten Erzeugnisse
30 Verkaufsstellen in allen Stadtteilen
44562

O. Wiemer, Kolonialwaren, Jüdenstr. 9
43643

„Es leuchtet jedem ein
daß Qualitätsmilch von Sohrneundorf muß sein"
Central-Molkerei-Genossenschaft Sohrneundorf, e. G. m. b. H.
44563

Wurm & Levi, Rauschwalder Straße Nr. 50a **Holzhandlung** 43962

Gasthof „Zum Kronprinz", Leschwitz, 5 Minuten von der Endstation
empfiehlt seine Lokalitäten und schönen Garten 44137

Knappe-Filialen, Kakao, Schokoladen, Zuckerwaren 43648

Reichs-Apotheke, Moltkestr. 9
Sie sparen viel Geld bei Ihren Einkäufen. Versicherte aller Krankenkassen erhalten weitgehendstes Entgegenkommen. 43640

Ed. Bischoff, Elisabethstraße 14-15
Uhren, Gold- u. Silberwaren / Reparaturwerkstatt
43483

Görlitzer Bürgerbräu
in Qualität unübertroffen
43499

Willy Garbe
Preiswerte Fleisch- u. Wurstwaren
Krölstraße 6 Melanchtonstraße 28
43489

Fritz Lange, Nonnenstr. 5
Roßfleischerei 44130

Reserviert 43957

R. Engemann, Rauschwalder Str. 38
Fleisch- und Wurstwaren 43642

August Seidel, Bautzener-, Brunnenstraße
Schürzen, Kleider 43641

E. Winkler & Co., Rauschwalder Str. 7
Kohlen- und Möbeltransport 43961

P. Mürbe, Landskronstr. 27 43647
Fleischerei, Mittagstisch, Frühstückstube

Rudolf Schumann, Wilhelmspl. 16
Kinderartikel-Spezialgeschäft 43958

Möbelfabrik Hermann Bräuer
15 Landskronstraße 15 43966

Polstermöbel und Stahlmatratzen
fertigt reell und preiswert an 43645
E. Finger, Nicolaigraben 10

Elektro-Montage-Gesellschaft m. b. H. 44133
Berliner Str. 26, Radio, Elektroartikel

Reserviert 44128

Karl Mahlberg's Nachflg., Teichstraße 10
Möbel / Polsterwaren 44131

Paul Riediger, Obermarkt 29
Beerdigungsinstitut / Tel. 751 44129

Die bevorzugten **Rüdiger-Gaststätten** Berliner Str. 32, Brüderstraße 1 bieten jedem das Beste
43964

Lauban

Anton Pilz, Brüderstraße 13 43637
Wildbrat, Geflügel, Kolonialwaren

Bäckerwaren süß und fein
kauf' bei Richard Kurtz stets ein
Naumburger Straße 24 43635

Ia Fleisch- und Wurstwaren
Gerhard Veit, Aeuß. Görlitzer Str. 35 [43636

Prima Brot und Backwaren 43634
Erich Bessert, Aeuß. Naumburger Str. 5

Arbeiter kauft Molkereiprodukte und Lebensmittel bei 43633
Kurt Trachsel, Aeuß. Nikolaistr. 25

Reserviert Rapid
43628

Molkereiprodukte u. Lebensmittel
Joh. Hennig, Nd.-Alt-Lauban 43 43632

Christian Kasper, Markt 43630
Farben- u. Lacke-Spezialgeschäft

Schuhhaus Herzfeld Görlitzer Straße 1
Seit Jahren bekannt als gut und billig [43627

Otto Baum, Görlitzer Straße Nr. 3
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei 43626

Roßschlächterei, Frühstückstube
Max Dawidowski, Kreuzgasse 5 43625

Bäckerei Karl Beier, Weberstraße 9
empfiehlt sich den Werktätigen 43624

Hermann Fiedler 43631
Größtes Modewaren-, Konfektions- und Ausstattungs-Haus am Platze

Arbeiter, deckt euren Bedarf in der
Bäckerei Paul Groß
43629 Lichtenauer Straße Nr. 2

Hotel „Bellevue" 43628
Größte Vergnügungstätte
Kerzdorfer Str. 4 / Tankstelle

Petersdorf

Arbeiter, kauft Fleisch- und Wurstwaren bei:
43971 Willy Friedrich, Ober-Petersdorf

Hermann Tichter, Dorfstraße 43972
Kolonialwaren, Weine, Spirituosen, Küchengeräte

A. Leisching, Dorfstraße 10
Drogen, Farben, Lacke, Photoartikel
43968

Günther Hirt, N.-Petersdorf, Kolonialwaren
Tabak, Haus- und Küchengeräte
43969

Schuhgeschäft u. Reparaturwerkstatt
Wilhelm Ey, Ober-Petersdorf 183
43970

Greiffenberg

Weiß' Restaurant, Ring 29 Telefon Nr. 304
Verkehrslokal der Werktätigen 43619

Schuh-Haus Paul Guckser Zittauer Straße 6
Eigene Reparaturwerkstatt 43622

Kaufhaus J. Gutmann Kirchstraße 3
Damenkonfektion, Kleiderstoffe
43621 Weiß- und Wollwaren

Penzig

Molkereiprodukte
L. Nickwald
Sohraer Straße 23 44625

Molkereiprodukte
C. Berndt
Wilhelmstraße 9 44626

Landeshut

44637

Bruno George, Schießhausstraße 29
Kolonial- u. Schnittwaren
Haus- und Küchengeräte
44532

Carl Thulmann, Wallstr. 38-39 44537
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel

Erhard Alfred Krebs, Kornstraße Nr. 9
44535 Kolonialwaren, Feinkost

Eure Drogen, Farben, Photo
nur aus der Drogerie 44534
H. Hellstein, Inh. Fritz Klapper, Markt 5

Fritz Beyer, Bismarckstr. 10
Kaffeerösterei, Kolonialwaren 44533

Reserviert 44531

Siegfried Barasch, Kirchstraße 13
Damen- und Herrenkonfektion — Schuhe
44520 Hüte, Mützen und Schnittwaren

H. Rosenstein, Wilhelmstraße Nr. 4
Filiale: Schmiedeberger Straße 14
44528 Spirituosen, Weine, Liköre, Zigarren

Eugen Leyser, Kornstraße 6
44530 Zigarren-Spezialhaus

Alois Hempel, Inh. Ignatz Bender
Waldenburger-, Ecke Oberstr.
44536 Kolonial- und Tabakwaren

Hirschberg

Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren
Fritz Rücker, Kontessastraße Nr. 1
43984

Reserviert 43980

Bäckerei H. Tschiskart, Markt 32 43982
Empfiehlt sich der geehrten Arbeiterschaft

Fleisch gibt Kraft!
43616

Den billigen **Volksschuh** nur im
Schuhhaus Weidlich, Schildemerstr. 23
Herren 4.90, Damen 4.50, Kinder 3.75
Garantiert wasserdicht!
43973

Drogerie Ed. Bettauer, Am Markt 39
Farben, Verbandstoffe
Nährmittel, Photoartikel
43977

Gustav Hornig Großdestillation Drahtzieherstraße 1-2
43618

Gas
Sauber — bequem — billig!
43981

Herren- und Knabenbekleidung
43976 **E. Ordinaus, Markt 5**

Arbeiter geht zum
Friseur Klinke, Greiffenberger Straße 7
43974

Wer 1 mal in Hirschberg
Besucht 2 mal
Paul Ullrich's Künstlerspiele
Das genügt! 43979

Werktätige, die mit dem Gelde rechnen müssen, kaufen Fleisch- u. Wurstwaren bei **Georg Przyrembel, Markt 50**
43978

EINHEITSPREIS GmbH.
Angeschlossen der **WOHLWERT**
Gute Ware für billiges Geld!
Tausende zufriedene Kunden
43617

Leser! Berücksichtigt beim Einkauf von Waren nur unsere Inserenten!

Spare sicher! ★ Stadt-Sparkasse Hirschberg ★ Mündelsicher!
43975